

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Peter Steinbach

## „Stachel im Fleisch der deutschen Nachkriegsgesellschaft“

Die Deutschen und der Widerstand

Bodo Scheurig

## Der 20. Juli 1944 – damals und heute

Klaus Hornung

## Der Kreisauer Kreis und die deutsche Zukunft

Bernd Stöver

## Das sozialistische Exil und der 20. Juli 1944

Die Wahrnehmung des Attentats auf Hitler durch die Sopade  
und die Gruppe Neu Beginnen

B 28/94

15. Juli 1994

Peter Steinbach, geb. 1948, Dr. phil.; von 1982 bis 1992 Professor für Historische und Theoretische Grundlagen der Politik an der Universität Passau; seit 1992 Professor für Historische Grundlagen der Politik (18.-20. Jhdt.) an der FU Berlin und Leiter der Forschungsstelle Widerstandsgeschichte an der FU Berlin sowie an der Gedenkstätte Deutscher Widerstand; seit 1983 Wissenschaftlicher Leiter der ständigen Ausstellung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand zu Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Die Zähmung des politischen Massenmarktes, Passau 1991; Widerstand im Widerstreit: Der Widerstand in der Erinnerung der Deutschen, Paderborn 1994; (zus. mit J. Tuchel) Lexikon des Widerstandes 1933-1945, München 1994; (zus. mit J. Tuchel) Widerstand in Deutschland 1933-1945: Ein historisches Lesebuch, München 1994; (Hrsg. zus. mit J. Tuchel) Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn-Berlin 1994.

Bodo Scheurig, Dr. phil., geb. 1928 in Berlin; nach sowjetischer Kriegsgefangenschaft Studium der Neueren Geschichte und Philosophie an der freien Universität Berlin und der Columbia University New York.

Veröffentlichungen u. a.: Verräter oder Patrioten. Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943-1945; Um West und Ost; Verdrängte Wahrheiten. Zeitgeschichtliche Bilder; ferner Biographien über Henning von Tresckow, Ewald von Kleist-Schmenzin und Alfred Jodl.

Klaus Hornung, Dr. phil., geb. 1927; em. Professor für Politikwissenschaft an der Universität Hohenheim.

Veröffentlichungen u. a.: Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958; Staat und Armee - Studien zum politisch-militärischen Verhältnis in der Bundesrepublik Deutschland, Mainz 1975; Der faszinierende Irrtum - Karl Marx und die Folgen, Freiburg 1982<sup>4</sup>; (Mithrsg. und Mitautor) Politisch-Pädagogisches Handwörterbuch, Percha 1985<sup>2</sup>; Herkunft und Zukunft - Perspektiven der deutschen Frage, Asendorf 1989; (Hrsg. zus. mit Wl. Mschwenieradse und Mitautor) Zur gegenseitigen Kenntnisnahme. Bausteine für den deutsch-sowjetischen Dialog, Erlangen 1990; Das totalitäre Zeitalter - Bilanz des 20. Jahrhunderts, Berlin-Frankfurt am Main 1993.

Bernd Stöver, Dr. phil., geb. 1961; Studium der Geschichte und Germanistik in Göttingen und Bielefeld; wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Universität Potsdam.

Veröffentlichungen u. a.: Volksgemeinschaft im Dritten Reich. Die Konsensbereitschaft der Deutschen aus der Sicht sozialistischer Exilberichte, Düsseldorf 1993; Aufsätze und Artikel zur Zeitgeschichte.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62-65, 54290 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

# „Stachel im Fleisch der deutschen Nachkriegsgesellschaft“

## Die Deutschen und der Widerstand

---

### I. Öffentliches Erinnern als Politikum

---

Die Berufung auf den Widerstand gehört in Deutschland heute zu den feststehenden Bestandteilen unseres historischen und politischen Erinnerns, und zwar ganz unabhängig von den grundlegenden politischen Richtungs- und Wertentscheidungen, zu denen wir uns bekennen<sup>1</sup>. Im Gegensatz zu den fünfziger Jahren<sup>2</sup>, als die Mehrheit der Deutschen noch die Nennung einer Schule nach einem Widerstandskämpfer wie Claus Graf Schenk von Stauffenberg ablehnte und sich die meisten Deutschen dagegen aussprachen, einen Regimegegner mit einem politischen Amt zu betrauen – nur jeder zehnte Deutsche befürwortete damals die Berufung eines Emigranten in ein hohes politisches Amt –, ist die Gegnerschaft zum NS-Staat heute nicht mehr verfehlt. Im Gegenteil: Selbst die heftigsten Kontroversen über den Widerstand zeigen, wie viele Menschen sich inzwischen nicht nur mit der Bewertung des Widerstands zu beschäftigen bereit sind, sondern in welchem Ausmaß der Widerstand gerade durch die Tatsache seiner Vielfältigkeit und auch Wider-

*Überarbeiteter Text meiner Berliner Antrittsvorlesung, die am 7. 6. 1994 im Fachbereich Politische Wissenschaft an der Freien Universität gehalten worden ist. Ich danke herzlich Bernd J. Stappert für viele Anregungen, insbesondere aber Johannes Tuchel für eine langjährige und gute gemeinsame Arbeit.*

1 Vgl. Regina Holler, 20. Juli 1944 – Vermächtnis oder Alibi? Wie Historiker, Politiker und Journalisten mit dem deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus umgehen. Eine Untersuchung der wissenschaftlichen Literatur, der offiziellen Reden und der Zeitungsberichterstattung in Nordrhein-Westfalen von 1945–1986, München u. a. 1994. Diese Arbeit ist mir erst in diesen Tagen bekannt geworden. Sie stellt den umfassendsten und geglücktesten Versuch einer interdisziplinären Analyse der Diskussion über den Widerstand in der Bundesrepublik Deutschland dar.

2 Vgl. allgemein Manfred Kittel, Die Legende von der „Zweiten Schuld“: Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer, Frankfurt/M. u. a. 1993, S. 187 ff.

sprüchlichkeit anerkannt wird. Wir haben heute keine Probleme mehr mit der Tatsache seiner zeitlichen und politischen Differenzierung, und wir können innerlich auch damit fertig werden, ihn nicht nur als Gegensatz zum NS-Regime, sondern zugleich sowohl als Alternative wie als Produkt seiner Zeit zu nehmen<sup>3</sup>. Wir fragen heute in gleicher Weise nach dem Selbstverständnis der Regimegegner und der Verfolgungspraxis des NS-Staates und gehen in der Regel von einem dezidiert „integralen Widerstandsverständnis“ aus, das die Einbeziehung vieler unterschiedlicher Regimegegner und ihrer Motivation in das Gedenken gestattet. Nicht zuletzt deshalb können wir die Chance dieses „integralen Widerstandsverständnisses“<sup>4</sup> auch für die Wissenschaft nutzen.

Gerade wegen dieses offenen Verständnisses von Regimegegnerschaft ist der Widerstand in seiner Vielfalt und Widersprüchlichkeit heute ein Teil des Selbstverständnisses der deutschen Gesellschaft geworden, die ihn trotz seiner Behaftung mit allen seinen Verengungen und auch Verirrungen, seiner Prägung durch die lange Geschichte des Obrigkeitsstaates, trotz seines außenpolitischen Hegemonialdenkens und seines spürbaren deutschen Sonderbewußtseins akzeptiert. Er wird deshalb aus den Horizonten seiner eigenen Gegenwart interpretiert und verliert wohl gerade dadurch kaum an Ausstrahlung. Gerade die Verstrickung in die zeitspezifischen Vorstellungen macht um so deutlicher, was es heißt, daß der Widerstand nicht selten Positionen überwinden mußte, die er zuweilen sogar mit den Nationalsozialisten teilte.

Aber nicht die Bewertung des Widerstands in unserer Gegenwart hat im Zentrum der folgenden

3 Ich verwende hier Begriffe, die insbesondere durch das abgewogene Urteil von Klaus Hildebrand, Das Dritte Reich, München 1987, S. 209 ff., in die Diskussion eingeführt worden sind.

4 Erst in jüngster Zeit nehmen Versuche zu, dieses „integrale Widerstandsverständnis“ aus geschichtspolitischen Gründen zurückzuweisen. Vgl. Ch. M. (= Christian Müller), Wirbel um das Gedenken an den 20. Juli, in: Neue Zürcher Zeitung vom 4. 6. 1994, Fernausgabe, S. 3. Vgl. weiterhin Peter Steinbach, Widerstand im Widerstreit, Paderborn 1994.

Überlegungen zu stehen. Vielmehr sollen wichtige Stationen einer grundlegenden Annäherung an die Regimegegnerschaft in den fünfziger Jahren nachgezeichnet werden. Denn wenn heute die Berufung auf den Widerstand zu den geschichtspolitischen Grundtatsachen unserer Gegenwart gehört, so ist die zwischen der weitgehenden Verfemung des Widerstands im öffentlichen Bewußtsein der fünfziger Jahre und der heutigen breiten Anerkennung liegende Entwicklung als ein Prozeß zu erklären, der den Politikwissenschaftler vor allem dann interessiert, wenn er die Funktion des historischen Arguments und des geschichtlichen Bezugs in der politischen Auseinandersetzung analysieren will. Als wichtige Station dieser Annäherung muß die erste Phase der Beschäftigung mit der Widerstandsgeschichte in der Zeit unmittelbar nach Kriegsende gelten. Sie ging einher mit der Phase zunehmender Erklärung des Verhaltens der Menschen im „Dritten Reich“ und damit einer Deutung der „Anpassung“ im Zusammenhang mit der Entnazifizierungsdiskussion, die Anfang der fünfziger Jahre drohte die Erinnerung an den Widerstand verblasen zu lassen. Diese Tendenz des Verdrängens des Widerstands als eine Art „exemplarischer Beschwerde des Menschen“ wurde vor allem durch die höchste Rechtsprechung korrigiert<sup>5</sup>. Auch durch die Auseinandersetzungen über die Wiedergutmachung wurden wichtige Weichen einer Annäherung an die Lebenswirklichkeit des „Dritten Reiches“ gestellt.

Vor allem im Lichte der zweiten deutschen Diktaturerfahrung wurde die Auflehnung gegen die nationalsozialistische Herrschaft in großen politischen Reden gewürdigt. Dadurch erhielten die Deutschen die Möglichkeit, den Widerstand im Dritten Reich vor dem Hintergrund ihrer gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen mit dem SED-Staat zu deuten. Allerdings wurde dabei „Widerstand“ vor allem als „Abwehrrecht“ definiert – im Gegensatz zu den Ansprüchen oppositioneller Bewegungen und Bestrebungen, die sich in den fünfziger Jahren zunehmend auf das Recht zum Widerstand beriefen, um ihre eigenen Gestaltungsabsichten zu begründen. Sowohl in den fünfziger als auch in den sechziger Jahren wurde die Auseinandersetzung über den Widerstand somit zunehmend zum Politikum, das seine Wahrnehmung in der Forschung und in der Deutung weitgehend bestimmte. So gesehen ist es auch nicht erstaunlich, daß die Auseinandersetzung mit dem Widerstand immer stärker als politische Kontroverse geführt wurde.

<sup>5</sup> Vgl. Fritz Bauer, Widerstandsrecht und Widerstandspflicht des Staatsbürgers, in: Arthur Kaufmann (Hrsg.), Widerstandsrecht, Darmstadt 1972, hier: S. 482ff.

Erinnerung – auch an den Widerstand – ist als öffentlicher, nicht selten bewußt inszenierter Akt immer von politischen Rahmenbedingungen abhängig. Diese werden nicht zuletzt durch Politiker, Journalisten, Wissenschaftler und Intellektuelle gestaltet. Erinnerung hat überdies immer politische Folgen und oftmals ebenso politische Voraussetzungen. Sie verweist deshalb auf ein außenpolitisches und auf ein innenpolitisches Umfeld – sie zeugt von Besinnung ebenso wie von Umkehr, Neuanfang, Vergewisserung von Ursprüngen, von Ausgangs- und Wendepunkten. Deshalb wird die Bereitschaft für Erinnerung, für Würdigung, für Annäherung als Ergebnis eines öffentlich inszenierten Nachdenkens nicht selten bewußt geschaffen und gestaltet.

Die jeweiligen Akteure gestalteter Erinnerungen spiegeln die vielfältige Struktur ihrer Gesellschaft. Innergesellschaftliche Kontroversen, die der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit dienen, sind ein wichtiges Element der politischen Funktion von Geschichte. Problematisch wird allerdings die durch staatliche Einrichtungen bewußt gestaltete Erinnerung, denn diese durch staatliche Institutionen beeinflusste „Geschichtsbildung“ kollidiert vielfach mit der Vielfältigkeit von Geschichtsbildern, über die eine pluralistisch organisierte Gesellschaft verfügt. Hingenommen werden jedoch Appelle, die ohne den Anspruch auf verbindliche Durchsetzung formuliert werden – dies macht die Bedeutung, die Faszination und auch das Gewicht der Ansprachen von Bundespräsidenten aus. Staatliche Einrichtungen, die sich gegen die Vielfältigkeit wenden, erliegen nicht selten der Gefahr, an die Stelle der Geschichtsbilder *ein* Geschichtsbild zu setzen, einen bestimmten Sinn der Geschichte anzunehmen und ihn in den Deutungen der Vergangenheit durchzusetzen.

Geschichtspolitik hat in dieser Ambivalenz der Erinnerung ihren Ursprung; sie läßt sich definieren als die Auseinandersetzung mit der und um die Geschichte als politisches Ereignis. Diese Auseinandersetzung berührt nicht selten legitimatorische Grundlagen unserer Gesellschaft und immer auch ihre Identität; sie stiftet augenscheinlich nicht nur Gemeinsamkeit, sondern begründet oftmals die Zuspitzung gegensätzlicher Positionen. Und sie verleitet Politiker immer wieder dazu, die Auseinandersetzung mit der Geschichte in ihrem Sinne zu gestalten. Damit wird Geschichtspolitik zu einem neuen Politikfeld: zu einem Bereich, in dem die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gestaltet wird. Gerade die Durchsetzung des Erinnerens an den Widerstand in Deutschland stellt ein besonders eindrucksvolles Beispiel moderner

Geschichtspolitik dar. Im folgenden wird deutlich, in welchem Umfang die entscheidenden Positionen der Widerstandsdeutung bereits in den fünfziger Jahren festgelegt worden sind. Dadurch wird es auch möglich, die fast regelmäßig aufbrechenden geschichtspolitischen Kontroversen über den Widerstand einzuordnen. Nach wie vor stellt er offensichtlich eine Art „Stachel im Fleisch“ der deutschen Nachkriegsgesellschaft dar, um einen Ausspruch von Theodor Heuss bei der Eröffnung der Gedenkstätte Bergen-Belsen zu variieren.

---

## II. Die Motivationen für den Widerstand in historisch-politischer Perspektive

---

Angesichts der – wie es heute scheint – von vornherein fast sicher anmutenden Aussichtslosigkeit der Lage hat sich seit dem Zeitpunkt des Attentats vom 20. Juli 1944 immer wieder die Frage nach der Motivation der Täter gestellt. Sie zielt auf das Verständnis ihrer inneren Beweggründe, fragt nach der moralischen Rechtfertigung, setzt sich mit Zielen der Auflehnung auseinander und unvermeidlich auch mit den Zukunftsvorstellungen der Widerstandskämpfer. Viele von ihnen spürten in der Phase ihres Scheiterns bereits die Fragen der Nachwelt. Immer wieder tauchen in Aufzeichnungen Zukunftsaspekte auf. So betonte etwa Dietrich Bonhoeffer, daß sich im Widerstehen ein Zukunftsoptimismus verkörpere, der dem Gegner die Zukunft nicht überlassen wolle. Auch Henning von Tresckow blickte weit über die damalige Gegenwart hinaus und beschwor die innere Gemeinschaft derjenigen Gerechten, die das Nessushemd angezogen und auf diese Weise ein Sodom und Gomorrha der Deutschen verhindert hätten. In den Verhören des Reichssicherheitshauptamtes, die in der kondensierten Form der „Kaltenbrunner-Berichte“<sup>6</sup> festgehalten wurden, sind die Zukunftsgewißheit, der moralische Rigorismus und der zivile Mut vieler Widerstandskämpfer zu spüren. Yorck, Moltke, Trott zu Solz, Rüdiger Schleicher und sehr viele andere traten den Verhörbeamten unerschrocken und ungebrochen gegenüber; auch die Selbstdistanz und Selbstge-

wißheit der „Moabiter Sonette“ von Albrecht Haushofer rühren unmittelbar an. Haushofer wurde mit Klaus Bonhoeffer, Rüdiger Schleicher, Justus Perels und anderen noch am 23. April 1945 auf dem Gelände des Lehrter Bahnhofs hinterücks ermordet – fast in Rufweite der anrückenden sowjetischen Truppen.

Die Frage nach den Motiven und Zielen, damit aber auch nach der inneren Rechtfertigung und dem Vermächtnis des Widerstands ist eine stetig herausfordernde Hinterlassenschaft des tausendfachen Opfers des deutschen Widerstands; es ist darüber hinaus eine unausweichliche Frage nach den Millionen Ermordeter und eine Frage an uns selbst über unser eigenes Verhältnis zur politischen Alternative, welche der Widerstand verkörperte.

Historisch mußte zunächst das Geröll der Schwäche, der Feigheit, auch der Furcht beiseite geräumt werden. Denn der Widerstand gegen den Nationalsozialismus wird nur verständlich vor jener mächtigen Folie der Anpassung, die den Widerstand zur Besonderheit werden läßt. Die Deutschen waren im „Dritten Reich“ kein Volk von Widerstandskämpfern, sondern erscheinen überwiegend bis heute als eine, wenngleich in sich schattierte, Masse von Angepaßten, Passiven, Zurückhaltenden, deren Resistenz sich allenfalls in Teilbereichen äußerte. Folglich war in den fünfziger Jahren der Widerstand als die Verkörperung einer besseren, mutigeren Möglichkeit in Deutschland denkbar unpopulär. Umfragen sprechen eine deutliche Sprache. Der Widerstand galt für viele Deutsche bis weit in die sechziger Jahre hinein als „Verrat“<sup>7</sup>. Erst langsam akzeptierte man die Attentäter und Widerstandskämpfer in der breiteren Öffentlichkeit als Vertreter jenes „anderen Deutschland“.

Mit der Akzeptanz änderte sich die Frage nach der Motivation des Widerstands. Zentral war nicht mehr die Absicht, die Handlungsmotive der Widerstandskämpfer zu verstehen, sondern der Versuch, den eigenen Standort in der Konfrontation mit ihrer Tat zu präzisieren, ihre politischen Prinzipien zu vergegenwärtigen und im Rückgriff auf die vergangenen Widerstandserfahrungen sich den Herausforderungen der Gegenwart zu nähern. Die Auseinandersetzung mit der Tat der Verschwörer geriet dabei in ein vielfältiges Spannungsverhältnis:

6 Vgl. Hans-Adolf Jacobsen, „Spiegelbild einer Verschwörung“: Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichterstattung, 2 Bde., Stuttgart 1984.

7 Vgl. die Übersicht bei Jürgen Weber (Hrsg.), Die Bundesrepublik wird souverän 1950–1955, München 1992<sup>2</sup>, S. 338 ff.

– Indem der Widerstand für das andere, das bessere Deutschland stand, diente die Rückbesinnung auf ihn der politisch-moralischen Rechtfertigung all der Deutschen, die einen politischen Neuanfang beabsichtigten oder für die Rehabilitation des deutschen Namens in der Welt wirken wollten.

– Auch die Angehörigen der Widerstandskämpfer mußten auf die öffentliche Diskussion Einfluß nehmen: um die Ehre der zumeist getöteten Widerstandskämpfer zu verteidigen, um ihrem selbstlosen Handeln einen gegenwartsbezogenen Sinn zu geben, aber häufig auch, um Schaden und Nachteile von sich als Hinterbliebenen abzuwenden.

– Für die politisch-pädagogische Diskussion verkörperte der Widerstand Mut aus gesamtnationaler Verantwortung; er war eine zukunftsichtige Alternative im Blick auf eine durch Schuld, Verstrickung, Verbrechen und Kriegsabsicht, durch Weltmachtstreben und Totalitarismus geprägte Vergangenheit. Im Widerstand ließ sich die Chance greifen, die das Individuum auch in totalitären Lebensverhältnissen besitzt – wenngleich oft nur um den Preis einer hochgradigen Lebensgefährdung.

– Die von Politikern vorgetragene Deutung des Widerstands zielte bewußt auf Ordnungs- und Zielvorstellungen einer freiheitlichen Demokratie ab. Insofern schien der Widerstand gegen den Nationalsozialismus zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland zu gehören. Aber auch Politiker der DDR suchten die Legitimation ihrer Politik auf dem Hintergrund ihres Kampfes gegen den Nationalsozialismus – sei es im politischen Widerstand der KPD nach 1933, während der Unterdrückung in den Lagern oder schließlich auch aus dem Exil heraus.

Je bewußter zwischen dem Widerstand und der Gegenwart eine Verbindung hergestellt wurde, desto deutlicher verschob sich der Akzent der Fragestellungen: Weniger die Motive und Ziele, sondern vielmehr die exemplarische Haltung des Widerstehens standen im Vordergrund. Hinzu kamen die Einflüsse aktueller Politik: Die kontroverse Beurteilung des Widerstands wurde oft zum Mittel einer politischen Ortsbestimmung oder diente dazu, Konflikte auszutragen. Dies ist – wie eingangs dargelegt – nicht unproblematisch, bietet aber auch die Möglichkeit, die Kluft zwischen zeitgeschichtlicher Erfahrung und politischem Bewußtsein zu überwinden<sup>8</sup>.

8 Vgl. Bernd Hey u. a. (Hrsg.), *Zeitgeschichte und politisches Bewußtsein*, Köln 1986.

### III. Beginn der politischen Auseinandersetzung

In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sind mehrere Phasen der Auseinandersetzung mit dem Widerstand vor dem Hintergrund jeweils aktueller Herausforderungen festzustellen:

In der Zeit unmittelbar nach 1945 ging es vorerst darum, angesichts des offen zutage liegenden Grauens vor der Weltöffentlichkeit auf den Widerstand hinzuweisen und aus der Tatsache seiner Existenz Chancen einer demokratischen Entwicklung und politischen Selbsterziehung abzuleiten. Bereits zu den Dokumenten des Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozesses gehörte das Protokoll einer zentralen Sitzung des Volksgerichtshofes: Es belegte die Demagogie und Infamie seines Präsidenten Freisler gegenüber den Regimegegnern des 20. Juli 1944, damit aber auch die Standhaftigkeit und Würde der ihm ausgelieferten Angeklagten<sup>9</sup>. In der neutralen Schweiz erschienen bald verschiedene Arbeiten, die auf die zeitliche Entwicklung und Breite der deutschen Oppositionsbewegung verwiesen und zu einem guten Teil das Selbstverständnis der Widerstandskämpfer vermitteln wollten. Versuche von Ricarda Huch, Menschenbilder des Widerstands zu erfassen, endeten mit ihrem Tod 1947 allzu früh; Ernst Weisenborn überlieferte einige der Materialien<sup>10</sup>. Den Durchbruch erreichte Hans Rothfels mit seiner bis heute unverzichtbaren Arbeit über die deutsche Opposition<sup>11</sup>.

In der ersten Hälfte der fünfziger Jahre erschien das zweibändige Sammelwerk „Das Gewissen steht auf“ und „Das Gewissen entscheidet“<sup>12</sup>. Es führte Hinterbliebene des Widerstands mit der bewußten Selbstbesinnung einer jüngeren Generation zusammen: Die Namen von Annedore Leber, Willy Brandt und Karl Dietrich Bracher als Herausgeber stehen für den frühen Anspruch, den Widerstand in seiner sozialen, kulturellen, konfes-

9 Vgl. Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Bd. 33, Nürnberg 1949, S. 299 ff.

10 Vgl. Günther Weisenborn, *Der lautlose Aufstand*, Hamburg 1952.

11 Die Arbeit von Hans Rothfels, *Deutsche Opposition gegen Hitler*, erschien 1949 erstmals in deutscher Sprache (in englisch bereits 1948) und liegt inzwischen nicht nur in vielen Auflagen als Taschenbuchausgabe, sondern jetzt auch in einer besonders sorgfältig ausgestatteten Ausgabe in der Manesse-Bücherei vor (Zürich 1994).

12 Eine Neuausgabe in einem Band erschien auf Initiative der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944, Mainz 1984.

sionellen, politischen und auch generationsspezifischen Breite vor das Auge einer Nachwelt zu stellen, deren Einstellung zum Widerstand gegen Hitler sich allmählich wandelte.

Für den Publizisten Rudolf Pechel, der von 1942 an in KZ-Haft war, bedeutete der Kampf gegen Hitler eine „Menschheitsangelegenheit“; sie richtete sich gegen das „böse Prinzip“ schlechthin, blieb aber dennoch charakterisiert durch Isolation und die extreme Wirklichkeit des Lebens im Untergrund: „Das Wort Hoch- und Landesverrat klang häßlich in den eigenen Ohren – erst später wurde es zu einem auszeichnenden Begriff. Hier gab es nur einen Ausweg: sich klar zu werden, daß der Krieg ein Verbrechen und ein Sieg Hitlers ein viel schlimmeres Unglück als selbst die schwerste Niederlage bedeutet hätte . . . Wer sich bewußt geworden war, daß ein Mensch zu sein eine höhere Ordnung bedeutete, als ein Deutscher zu sein, dessen Weg war klar.“<sup>13</sup>

Pechel wollte durch seine Handlungsprinzipien den Widerstand rechtfertigen und ihn zugleich als Alternative zu weitgehender Anpassung deutlich machen. Dies diente der Rechtfertigung eines Widerstands, der schon bald nach der Befreiung – in einem Klima allgemeiner Selbstentlastung in den Entnazifizierungsverfahren – auf Ablehnung oder zumindest auf abschätzbare Ressentiments stieß. Für Hans Rothfels stellte Widerstand vor allem „Umkehr“ dar, um die Rangordnung von Werten wieder „zurechtzurücken“ und um „ethisch-religiöse Postulate an Stelle politisch-säkularisierter wieder an die oberste Stelle“ treten zu lassen. Er lehnte es ab, die Handlungsgründe und politischen Ziele der Widerstandskämpfer nach Klassen- und Standesmotiven zu beurteilen. Jede derartig verengte „Würdigung“ könne sich nur innerhalb „begrenzter Sphären politischer Betrachtungen und Möglichkeiten“ bewegen. Rothfels skizzierte, wie natürlich auch der antinationalsozialistische Widerstand seiner Zeit verhaftet war, ohne bei dieser Betrachtungsweise allerdings die prinzipiellen Dimensionen und Möglichkeiten zu vernachlässigen: „... um auf den Grund zu sehen, muß man zum Prinzipiellen vorzustoßen suchen, zu den Kräften moralischer Selbstbehauptung, die über die Erwägung des bloß politisch Notwendigen weit hinausgehen“<sup>14</sup>.

Zentrum des Widerstands blieb für Hans Rothfels die – wie er es nannte – „entscheidende Aktion“ des 20. Juli 1944; denn sie hatte den Widerstand

seinem letzten Ziele denkbar nahe kommen lassen. Dennoch bewahrte sich Rothfels das Bewußtsein, Verfolgung und Widerstand niemals in völlige Deckung bringen zu können und Leiden und Tat deshalb stets unterscheiden zu müssen. Verfolgung erschien ihm als Kollektivschicksal, Widerstand aber als eine mutige Verhaltensweise einzelner.

Einen weiteren Schritt in der Akzeptanz des antinationalsozialistischen Widerstands stellten anfangs der fünfziger Jahre der Remer-Prozeß<sup>15</sup> und das Engagement von Fritz Bauer dar. Damals versuchte die später verbotene Sozialistische Reichspartei (SRP) Elemente nationalsozialistischer Weltanschauung zu aktivieren und zu propagieren. Weil die Ordnung des Grundgesetzes sich als freiheitlich und demokratisch begriff und zugleich die politische Lehre aus der deutschen Zeitgeschichte ziehen wollte, mußte ein derart öffentlichkeitswirksamer Versuch, den demokratischen Neubeginn in Frage zu stellen oder die Vergangenheit zu verfälschen, auf Widerspruch stoßen. Einer der führenden Parteifunktionäre der SRP war der ehemalige Major Remer. Remer war für das Scheitern der Operation „Walküre“ hauptverantwortlich, hatte er doch am Nachmittag des 20. Juli 1944 Goebbels gewarnt und gegen die – wie es propagandistisch hieß – „eidbrüchig“ gewordenen Verschwörer den Kampf aufgenommen. Unter dem NS-Regime wurde er deshalb befördert, nach 1945 degradiert, aber nicht entscheidend in seiner politischen Wirksamkeit beschränkt.

Im Remer-Prozeß ging es jedoch nicht allein um die Person dieses ehemaligen Wehrmachtsmajors und sein Wirken als unverbesserlicher Nationalsozialist, der sich jetzt als Gegner von sogenannten Landes- und Hochverrätern der öffentlichen Meinung anzubiedern versuchte. Es ging dem damaligen Braunschweiger Oberstaatsanwalt Fritz Bauer vielmehr um eine Klärung des Verhältnisses zwischen Nachkriegsdemokratie und Widerstand; Bauer sagte im Prozeßverlauf: „Was am 20. Juli 1944 vielen noch dunkel vorgekommen sein mag, ist heute unbelehrbarer Trotz, böser Wille und bewußte Sabotage unserer Demokratie.“<sup>16</sup>

In einer klaren Rechtfertigung des Widerstands gegen das NS-Regime drücke sich eine Verbindung zwischen Moral und Recht aus, denn moralisch

13 Rudolf Pechel, *Deutscher Widerstand*, Erlenbach-Zürich 1947, S. 39.

14 H. Rothfels (Anm. 11), Neuausgabe 1977, S. 24.

15 Vgl. R. Holler (Anm. 1), S. 121 ff., ferner Rudolf Wassermann, *Der 20. Juli 1944 aus der Sicht des Braunschweiger Remerprozesses*, Braunschweig 1984.

16 Zit. nach Herbert Kraus (Bearb.), *Die im Braunschweiger Remer-Prozeß erstatteten moraltheologischen und historischen Gutachten nebst Urteil*, Hamburg 1953, S. 106 f.

Einwandfreies müsse auch juristisch einwandfrei sein. Bauer kehrte den Hinweis auf den Straftatbestand des Landesverrats um und argumentierte gegen jede Diffamierung der Widerstandskämpfer: „Am 20. Juli 1944 war das deutsche Volk total verraten, verraten von seiner Regierung, und ein total verratenes Volk kann nicht mehr Gegenstand eines Landesverrats sein. Genausowenig, wie man einen toten Mann durch einen Dolchstoß töten kann.“<sup>17</sup>

Die NS-Verbrechen verlangten Nothilfe, und insofern waren Widerstandshandlungen rechtlich sanktioniert. Weiterführende Argumente des Oberstaatsanwaltes bezogen sich auf die Nachwirkung des Widerstands in der aktuellen Situation zu Beginn der frühen fünfziger Jahre. Bauer überdachte den Vorwurf des Hochverrats und betonte, lediglich der erfolglose Hochverrat habe bisher als strafbar gegolten. Der Widerstand des 20. Juli sei aber trotz seines ersten Scheiterns letztlich erfolgreich gewesen: „Die Menschen in den Konzentrationslagern und Menschen außerhalb der Konzentrationslager haben den Samen der neuen Demokratie gelegt. Die Alliierten haben den Stein entfernt, der verhinderte, daß dieser Samen zum Licht emporkam. Als aber die Alliierten den Stein entfernten, da wuchs dieser Samen. Dieser Samen war nicht gesät von Alliierten, dieser Samen war von deutschen Widerstandskämpfern gesät. Deshalb war der ‚Hochverrat‘ des 20. Juli 1944 erfolgreich; deswegen ist er in juristischem Sinne nicht Hochverrat.“<sup>18</sup>

Rudolf Wassermann hat die juristische Überzeugungskraft dieser Argumentation angezweifelt; diese aber war auch nicht Ziel von Fritz Bauer. Ihm ging es um ein politisches Gefühl und ein Meinungsklima, welches 1952 durch zunehmende Offenheit gegenüber der Vergangenheit charakterisiert schien: „Jeder Bürgerkrieg ist, wie auch jeder Krieg nach außen, zusammengesetzt aus einer Fülle von Schlappen und Niederlagen. Entscheidend ist, wer die letzte Schlacht gewinnt. Die letzte Schlacht wurde ein Jahr nach dem 20. Juli von der deutschen Demokratie gewonnen und hat damit dem 20. Juli auch ihren staatsrechtlichen Sinn gegeben.“<sup>19</sup>

Keineswegs wollte Bauer die Befreiung vom Nationalsozialismus als eine „Sache der Alliierten“

17 Zit. nach Rudolf Wassermann, Zur juristischen Bewertung des 20. Juli 1944: Der Remer-Prozeß in Braunschweig als Markstein der Justizgeschichte, in: Recht und Politik, (1984) 2, S. 68 ff., hier S. 73.

18 Ebd. S. 73 f.

19 Ebd., S. 73.

einschätzen: „Ich glaube, im Namen des deutschen Volkes sollten wir dagegen protestieren und uns klar und deutlich und mit Stolz zu unseren Widerstandskämpfern bekennen, die seit dem Jahre 1933 durch die Konzentrationslager gingen und mit eisernem Willen und heißem Herzen für die Wiederherstellung der Freiheitsrechte, für die Grundrechte und Menschenrechte in Deutschland gekämpft haben.“<sup>20</sup>

Deutlicher war vor einer denkbar breiten Öffentlichkeit noch niemals ein Bekenntnis zum Widerstand abgelegt worden, und natürlich auch nicht vor den Angehörigen des Widerstands, die durch Nebenkläger im Braunschweiger Prozeß vertreten waren. Dabei befand sich Bauer im Einklang mit exzellenten Gutachtern, die die weitere theologische, philosophische, historische und juristische Diskussion prägen sollten. Entscheidend blieb dabei freilich, ob und wie schlüssig die Nachfolge der Verfassungsordnung des Grundgesetzes aus dem Geist des Widerstandes begründet werden konnte. Diese Schlüssigkeit bezog Bauer nicht allein auf abstrakte Ziele des Staates oder auf das Menschenbild des Grundgesetzes, sondern auf die konkreten Artikulations- und Handlungsmöglichkeiten für oppositionelle Strömungen. Das Widerstandsrecht sei stets vorhanden; allerdings könne es ruhen, wenn die Rechte des Volkes von Institutionen gehegt und geschützt würden: „Es gibt kein Widerstandsrecht im Rechtsstaat, solange die Menschenrechte gewahrt werden, solange eine Möglichkeit zur Opposition besteht und einem Parlament Gelegenheit zur Gesetzgebung gegeben ist, solange unabhängige Gerichte walten und die Gewalten geteilt sind.“<sup>21</sup>

Das Braunschweiger Oberlandesgericht folgte in seiner Urteilsbegründung dem Plädoyer von Fritz Bauer insofern, als es vielen Widerstandskämpfern zuerkannte – so wörtlich –, „aus heißer Vaterlandsliebe und selbstlosem, bis zur bedenkenlosen Selbstaufopferung gehendem Verantwortungsbeußtsein gegenüber ihrem Volk“ gehandelt zu haben. Die Absicht von Fritz Bauer war also erfolgreich: Er wollte eine klare Grenze gegenüber einer Verklärung des NS-Regimes markieren. Deshalb ist auch Rudolf Wassermann zuzustimmen, wenn er den Remer-Prozeß als „bedeutendsten Prozeß mit politischem Hintergrund“ in den fünfziger Jahren bezeichnet. Bauer zwang die Rechtsprechung, eine klare Haltung zugunsten des Widerstands gegen den Nationalsozialismus einzunehmen, und konnte so dem NS-Regime nachträglich den Pro-

20 Ebd.

21 Ebd., S. 74.



zeß machen, um es als Unrechtsregime zu verwerfen. Dies geschah zu einer Zeit, als die erste Welle der Verfahren wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen im Abklingen war und ein wahres Gnadenfieber die deutsche Öffentlichkeit erfaßte. Bauer wollte die Öffentlichkeit mit dem verbrecherischen Charakter des NS-Regimes konfrontieren, damit endlich eine schonungslose Auseinandersetzung mit jener Zeit und letztlich auch eine angemessene Würdigung des Widerstands beginnen könne.

---

#### IV. Anerkennung des Widerstands – eine Folge der Teilung

---

Die Teilung Deutschlands konfrontierte die deutsche Öffentlichkeit nicht nur mit dem Verlust der nationalstaatlichen Einheit, sondern stellte ihr abermals die Realität des Totalitarismus als politischer Ordnung vor Augen – einer Ordnung, die im offenen Gegensatz zum Menschenbild des Grundgesetzes stand. Dieses Bewußtsein war seit der Entstehung des deutschen Doppelstaates immer stärker geworden; so kam es nicht von ungefähr, daß die Aufstände in der DDR am 17. Juni 1953 sich auch auf die Einschätzung des Widerstands auswirkten und ihm zu neuer Anerkennung verhalfen. Einerseits machte die Auflehnung gegen Ulbricht und – wie es schien – die Aufbäumung der einzelnen gegen das Unrecht und die Zerstückelung der deutschen Nation ein überindividuelles Widerstandsziel plausibel; andererseits lenkte der Blick auf das totalitäre Regime in der DDR den Blick der Zeitgenossen auf die Lebensverhältnisse von 1933 bis 1945 sowie auf die in dieser Zeit bewiesenen oder versäumten Widersetzlichkeiten gegen den Nationalsozialismus und seine Verbrechen.

Dies wurde auch in einem Brief deutlich, den Bundespräsident Theodor Heuss an die Witwe eines Widerstandskämpfers richtete; darin fand sich ein klares Bekenntnis zum Widerstand als exemplarischer Handlung von „innerer Rechtfertigung“. In der Auflehnung gegen die „bewußte und zynische Rechtlosigkeit“ erblickte Heuss die entscheidende Voraussetzung für die Ehrenhaftigkeit des Widerstandes, die allzu häufig von Demagogen oder an Stammtischen bezweifelt werde. Dem Bundespräsidenten schien die Kategorie der „Ehre“ sogar unangemessen zu sein, um das Handeln der Widerstandskämpfer zu rechtfertigen: „Es gibt wohl ständische Konventionen und Ge-

bote, aber es gibt keine sonderliche ‚Ehre‘, sondern nur *eine* unmittelbare Verantwortung vor Gott und vor dem Volk, in das man hineingeboren wurde, dem man nach Einsicht und Gewissen dient.“<sup>22</sup>

Damit wird der Umschlag der Argumentation in den frühen fünfziger Jahren sichtbar: Sie richtete sich nicht länger nach außen, an die „Fremden“ und Siegermächte. Der Widerstand erscheint jetzt als eine nach innen wirkende Anfrage an die Bestimmung historisch gewachsener Identität. Heuss drückt diese Zieländerung aus, als er in jenem Brief an seine erste Rede zum Gedenken an den Widerstand im Jahre 1945 erinnert: „Damals sagte ich von den Opfern: ‚Sie möchten mit ihrem Sterben über den Tod hinaus Deutschland einen politischen Dienst leisten, daß das *andere* Deutschland in seinen Blutzügen sichtbar bleibe.‘ Dies Wort richtete sich damals an die Fremden – es hat, glaube ich, heute seine Gültigkeit noch nicht verloren, sucht aber jetzt vor allem die Nachdenklichkeit, den Anstand, die sittliche Selbstbesinnung von Deutschen.“<sup>23</sup>

Auch der Bürgermeister von Berlin, Ernst Reuter, richtete 1952 die Gedanken auf den Zustand und die Grundbedingungen der Nation. Während der Grundsteinlegung für das Mahnmal, das im Innenhof des Bendlerblocks errichtet werden sollte, erinnerte Reuter an die Gemeinsamkeit politischer Ziele, die im Attentat zum Ausdruck komme, und an die Bedeutung des Tages für die historische Orientierung des politischen und sozialen Handelns in Deutschland. „Uns geziemt es nur, uns in Ehrfurcht vor diesen Männern zu verneigen; uns geziemt es nur, in Ehrfurcht den Angehörigen, die hier sind, unsere tiefe Sympathie zum Ausdruck zu bringen; und uns geziemt nur das eine: zu arbeiten, wie sie gearbeitet haben; zu leben, wie sie gelebt haben; und zu handeln, wie sie gehandelt haben, in dem festen Willen, unsere ganze Existenz und unser Leben einzusetzen für die Ziele, die uns allen gemeinsam sind . . . Wir begreifen aber auch, daß man die geschichtliche Vergangenheit des eigenen Volkes nur verstehen kann, wenn man den gegenwärtigen Tag begreift und in ihm lebt.“<sup>24</sup>

Reuter beschwor die individuelle Macht des Gewissens, die jeder äußeren Macht eine Schranke

---

22 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 19. 7. 1952, S. 927.

23 Ebd.; der Nachweis dieser ersten Rede ist mir bisher noch nicht gelungen. Jürgen C. Heß bereitet eine Untersuchung der Beziehungen von Heuss zum Widerstand vor.

24 Ernst Reuter, Rede zur Grundsteinlegung des Ehrenhofes im Bendlerblock, 1952, Archiv der Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

weise, und bezog sie auf die Gespaltenheit des Landes. Einheit und Freiheit wären leichter zu verwirklichen, hätten die Widerstandskämpfer überlebt und wären ihre Ziele verwirklicht worden: „Wenn diese Männer heute leben würden, wäre vielleicht die grauenvolle Spaltung unseres Vaterlandes vermieden; unsere Stadt würde sicher nur halb so zerstört sein, wie sie zerstört ist; und wir würden uns nicht nach rechts und links umschauchen müssen nach Menschen, die uns helfen.“<sup>25</sup>

Reuter wies auch auf die konsensstiftende Kraft der Auflehnung hin: Die Attentäter des 20. Juli 1944 hätten begriffen, daß es über alle politischen „Schranken“ hinweg eine Gemeinsamkeit gebe, die überkommene Unterschiede überwinde. Das Attentat sei eine Herausforderung, „daß wir unsere gegenwärtige Arbeit leisten wollen und leisten möchten“; es gebe eine „Verbundenheit zwischen der Vergangenheit, zwischen der Gegenwart und zwischen der Zukunft“, welche die historische Tat und die politischen Gegenwartsverhältnisse miteinander verbinde. Der historische Ort der Gedenkstätte finde deshalb einen Rückhalt in der besonderen politischen Gefährdung der Stadt Berlin und in der exemplarischen Bedeutung, die sie für die Verwirklichung „sozialer Gemeinsamkeit, Gerechtigkeit und Freiheit“ habe. Mit Blick auf die Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus sagte Ernst Reuter dann am 20. Juli 1952: „Ihnen reichen wir die Hände und wir reichen die Hände der zukünftigen Generation, die schon unter uns ist und die unser und ihr Werk vollenden möge.“<sup>26</sup>

Mit der Anerkennung des Vermächnisses des deutschen Widerstandes begann die Auseinandersetzung um den Inhalt dieses Vermächnisses. Zeichnet sich die Gegenwart jeweils durch ihre wandelbaren Herausforderungen und Deutungsversuche aus, so strebt die Annäherung an den historischen Augenblick danach, die zeitliche Distanz zu überwinden und den Kern von vergangenen Intentionen zu erfassen. So sehr man dabei bestrebt ist, der Singularität historischer Erscheinungen gerecht zu werden, so wenig entkommt man der geübten Praxis, die Verbindung zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunftserwartung herzustellen. Damit wächst aber auch die Versuchung, das historisch Abgeschlossene im Sinne einer nicht mehr offenen Geschichte zu deuten, obwohl diese sich als Herausforderung für die Gegenwartsbewältigung und Zukunftsgestaltung darstellt.

25 Ebd.

26 Ebd.

In vielen Reflexionen zum 20. Juli wurden insbesondere seit 1953 Vergleiche angestellt, die der fortdauernde stalinistische Terror immer wieder beflügelte. Die Ereignisse in Polen und Ungarn 1956 wurden so als Auflehnung einzelner gegen den ungehemmten Anspruch eines Staates interpretiert, der Selbstbestimmung und Menschenrechte verachtet. Solche Vergleiche wurden dann indirekt auf den Mut der Auflehnung bezogen, welchen der Widerstand in Deutschland bewiesen hatte.

---

## V. Rechtsprechung und Anerkennung des Widerstands

---

Ab Mitte der fünfziger Jahre beeinflusste dann die Absicht der Bundesregierung, sich an den westeuropäischen Verteidigungsinstitutionen zu beteiligen, die deutsche Widerstandsdiskussion. Gleichzeitig begann eine erste Welle der Diskussionen über die Verstrickung einzelner deutscher Politiker und Wissenschaftler in die Politik des Nationalsozialismus. In Göttingen fand 1956 ein Boykott gegen einen belasteten Universitäts-Rektor statt, ein Boykott, der öffentlich als Widerstand gerechtfertigt wurde. Die Rechtsprechung der Bundesrepublik präziserte zudem wiederholt das Widerstandsrecht und setzte sich dabei in einem kaum zu lösenden Maße der Spannung zwischen Normativität der Verfassung und staatlichem Integrations- und Friedensanspruch aus. So bestimmte das Bundesverwaltungsgericht 1962 als „politischen Widerstand“ ein „der politischen Überzeugung des Täters entspringendes Verhalten, welches dazu bestimmt ist und, wenigstens in der Vorstellung des Täters, auch dazu geeignet war, das abgelehnte Regime als solches über den Rahmen des Einzelfalls hinaus zu beeinträchtigen“<sup>27</sup>. Andererseits stellte der Bundesgerichtshof ein Jahr zuvor den „Erfolg“ als ein wesentliches Kriterium des Widerstands heraus<sup>28</sup>. Das Gericht hatte zu beurteilen, ob Wehrdienstverweigerung eines einzelnen zur Zeit des „Dritten Reiches“ als Widerstand eingeschätzt werden könne. Der Kräfteausfall einer Wehrdienstverweigerung – meinte der Bundesgerichtshof in seinem Urteil – bedeutete für die Wehrmacht nur einen geringen Verlust, und über-

27 Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 11.1.1962, zit. nach Fritz Bauer (Hrsg.), Widerstand gegen die Staatsgewalt: Dokumente der Jahrtausende, Frankfurt/M. 1965, S. 261.

28 Urteil des Bundesgerichtshofes vom 14.7.1961, zit. nach: ebd., S. 59f.

dies zielte die Tat nicht auf Publizität. Insoweit sei sie ungeeignet gewesen, „zur Erschütterung der NS-Gewaltherrschaft oder zur Abmilderung ihrer schlimmen Folgen in beachtenswertem Maße beizutragen“.

Die gegen ein Widerstandshandeln gerichteten staatlichen Maßnahmen seien nur dann als „Unrecht im Rechtssinne“ einzuschätzen, heißt es in der Urteilsbegründung, „wenn Widerstandshandlung nach ihrer Art und ihrem Gewicht wenigstens eine gewisse Aussicht bietet, in bezug auf die Übel der bestehenden Unrechtsherrschaft eine wirkliche Wende zum Besseren herbeizuführen. Zwar kann es nicht von ihrem tatsächlichen unmittelbaren Erfolg oder Mißerfolg abhängen, ob ihr der Charakter der Rechtmäßigkeit im Sinne einer Offenbarmachung und Verwirklichung des wahren Rechts durch die Beseitigung oder Entmächtigung der seine Geltung tatsächlich verneinenden und gewaltsam unterdrückenden Kräfte zukommt. Sie muß aber in jedem Falle nach den Beweggründen, Zielsetzungen und Erfolgsaussichten als ein ernsthafter und sinnvoller Versuch zur Beseitigung des bestehenden Unrechtszustandes gewertet werden können, der einen lebens- und entwicklungsfähigen Keim des Erfolges in sich trägt, durch den er selbst bei seinem etwaigen äußeren Scheitern als ein gültiges und wirksames Zeugnis für das Recht und für den in dem unterdrückten Volk noch lebendigen Willen zum Recht in die Zukunft hinaus wirkt und so jedenfalls zur Vorbereitung der schließlichen Überwindung des allgemeinen Unrechtszustandes einen entscheidenden Beitrag leistet.“<sup>29</sup>

Der Bundesgerichtshof gestand dem Widerstand im Umkreis des 20. Juli 1944 zwar ausdrücklich zu, diesen Anforderungen zu genügen; das Gericht verneinte aber für den einzelnen, der im Alltag Widerständigkeit gegen den Nationalsozialismus bewiesen hatte, die für eine Anerkennung als Wiedergutmachungsfall folgenschwere Anerkennung der Rechtmäßigkeit seines Widerstandes, ohne die moralischen Rechtfertigungsgründe für Verweigerung und Widersetzlichkeit im einzelnen zu würdigen. Eine „Einzelaktion, die an den bestehenden Verhältnissen nichts zu ändern vermochte“, sondern den Gegner selbst und seine Familie schwerster Gefahr aussetzte, konnte nach damaliger Ansicht des BGH kein Widerstand sein.

Einen anderen Bezugspunkt hatte das Bundesverfassungsgericht etwa zehn Jahre früher gewählt, als es im Falle eines Menschen zu urteilen hatte, der

seine Mitwirkung an Deportationen mit dem Hinweis auf das zum Zeitpunkt der Tat bestehende Recht entschuldigen zu können glaubte. Das Bundesverfassungsgericht stellte fest, daß ein Kernbereich des Rechts nach allgemeiner Rechtsüberzeugung von keinem Gesetz und keiner staatlichen Maßnahme verletzt werde dürfe; dieser Kernbereich müsse als „unantastbar“ gelten und als „Grundsatz menschlichen Verhaltens“ respektiert und praktiziert werden. Die Beschränkung der staatlichen Rechtsetzungsgewalt ergebe sich mithin nicht allein aus der Rechtsordnung, sondern ebenso aus den „jeden Gesetzgeber und Machthaber“ gleichermaßen verpflichtenden „Grundgedanken der Gerechtigkeit und Menschlichkeit, wie er im Bewußtsein der Allgemeinheit lebt“<sup>30</sup>. Alle staatlichen Anordnungen, die sich vom Grundgedanken der Rechtsgleichheit und Gerechtigkeit entfernen und den Bezugspunkt der menschlichen Würde aufgeben, seien deshalb nicht als Recht einzuschätzen. Insofern sei es auch unerheblich, ob ein Angeklagter sich durch ein Unrechtsbewußtsein auszeichne; denn bei „Anspannung des Gewissens“ müsse der einzelne, wenn er vor der Frage nach Recht und Unrecht einer Verletzung von Menschenrecht und Menschenwürde stehe, sich richtig entscheiden.

In den Auseinandersetzungen der fünfziger und frühen sechziger Jahre waren also ganz unterschiedliche Deutungen und Rechtfertigungen des Widerstandsrechts möglich; sie kennzeichnen das nicht auflösende Dilemma jedes Versuchs, das Recht auf Widerstand begrifflich zu präzisieren und einzuhegen: Demjenigen, der sich mit der Unrechtswirklichkeit in der DDR konfrontiert fühlte, wurde ein Widerstandsrecht zugestanden. Dem einzelnen, der im nationalsozialistischen Alltag widerstand und damit einer Gewissenspflicht folgte, wurde aber unter Hinweis auf die Verhältnismäßigkeit der Mittel, Abwägung der Güter und die gesamt-systematische Bedeutung der Widerstandshaltung eine Grenze gezogen. Jene war wenige Jahre zuvor noch unter Hinweis auf naturrechtlich zu begründende Gewissensnormen gegen den Gehorsamsanspruch des Staates zugunsten des einzelnen Individuums beschworen und präzisiert worden.

Generell wurde in der Rechtsprechung jetzt also das Widerstandsrecht von organisierten Versuchen der politischen Gestaltung getrennt. Es sei ein Individualrecht, deshalb eigne es sich nach Meinung der Gerichte nicht, politische Gruppenauseinan-

29 Ebd., S. 260.

30 Vgl. Urteil des Bundesgerichtshofes vom 19. 12. 1952, zit. nach F. Bauer (Anm. 5), S. 257f.

dersetzungen – etwa um die Wiederbewaffnung oder um die Ausrüstung der in Deutschland stationierten Truppen mit Atomwaffen – moralisch zu rechtfertigen. Die *Gestaltung* der politischen Ordnung sollte im Widerstandsrecht keinen Anknüpfungspunkt erhalten.

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1956 wurde überdies festgestellt, daß jedes Widerstandsrecht ein *Abwehrrecht* sei, also nicht im Vorgriff auf erwartetes oder unterstelltes Unrecht reklamiert werden könne. Auch diese Position weist auf das grundsätzliche Problem hin, das Widerstandsrecht als tagespolitischen Kampfbegriff zu verwenden. Das Bundesverfassungsgericht erblickte in der Verfassungsstruktur und im Regierungssystem der Bundesrepublik eine Voraussetzung für die Zähmung staatlichen Unrechts und damit ein Instrument für die Domestizierung des Widerstandes. Andererseits mochte das Gericht die Notwendigkeit einer Abwehr von Verfassungsverletzungen nicht ausschließen.

Als konservierendes Notrecht zur Bewahrung oder Wiederherstellung der Rechtsordnung wurde das Widerstandsrecht, unbeschadet seiner Nichterwähnung im Grundgesetz, definiert, als sich die KPD gegen Parteienverbot und Strafverfolgung einzelner Parteimitglieder wandte: Wer angesichts durchaus möglichen Unrechts auf dem Widerstandsrecht beharre, so stellte das Bundesverfassungsgericht fest, der „übersähe den grundsätzlichen Unterschied zwischen einer intakten Ordnung, in der im Einzelfalle auch Verfassungswidrigkeiten vorkommen mögen, und einer Ordnung, in der die Staatsorgane aus Nichtachtung vor Gesetz und Recht die Verfassung, das Volk und den Staat im ganzen verderben, so daß auch die etwa in solcher Ordnung noch bestehenden Rechtsbehelfe nichts mehr nützen“<sup>31</sup>.

Entscheidend für das Verfassungsgericht war, daß der kommunistische Anspruch, Widerstand zu leisten, nicht mehr konservierend-abwehrender, sondern zukunftsgestaltender Natur sei. Das Widerstandsrecht könne dem Aufbau eines besseren Staates aber nur dienen, wenn es ein offensichtliches Unrechtsregime beseitigen wolle. Als ein derartiges System könne die Bundesrepublik aber nicht gelten, denn die „bestehende Ordnung“ beruhe – laut höchstrichterlicher Begründung – auf den „ungebrochenen Traditionen“ der Aufklärung, der bürgerlichen Revolutionen des neunzehnten Jahrhunderts, des liberalen Rechtsstaates

31 Bundesverfassungsgerichtsentscheidung vom 17. 8. 1956, in Auszügen zitiert bei F. Bauer, ebd., S. 256f.

und schließlich der Sozialstaatsidee mit seinem Grundsatz sozialer Verpflichtung. Diese Traditionen würden von den meisten Deutschen geteilt, die mit ihrer inneren Zustimmung dieser Ordnung eine „innere Verbindlichkeit“, mithin eine unbestreitbare Legitimität zuerkennen würden. „Nur wer seinen Widerstand gegen eine Störung dieser Ordnung richtet, um sie selbst zu verteidigen oder wiederherzustellen, dürfte für diesen Widerstand selbst Legitimität in Anspruch nehmen.“<sup>32</sup>

In den folgenden Jahren tauchten die hier entfalteten Argumentationen immer wieder dann auf, wenn sie für unterschiedliche Herausforderungen jeweils geeignet erschienen: Nach der Diskussion über das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands forderten etwa Demonstrationen und Proteste gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr die Politiker heraus. Immerhin gehörten zu den Anhängern oder Vermittlern der Protestziele Menschen wie der Basler Theologe Karl Barth oder anerkannte Göttinger Naturwissenschaftler, die zum Widerstand aufriefen.

---

## VI. Auseinandersetzungen um den Widerstandsbegriff seit den sechziger Jahren

---

Nach 1961 rückte mit dem Bau der Berliner Mauer wieder stärker die Betonung totalitärer Lebensverhältnisse und das Spannungsfeld von Befehl und Gehorsam in den Mittelpunkt des Interesses. Zugleich machten große NS-Strafprozesse deutlich, welche Folgen aus der Anpassung entstehen konnten: Spätestens mit dem Ulmer Einsatzgruppen-Prozeß, den Eichmann- und Auschwitz-Prozessen, aber auch infolge der vor vielen Landgerichten in der gesamten Bundesrepublik stattfindenden NS-Verfahren wurde das schier grenzenlose Ausmaß nationalsozialistischer Verbrechen in schrecklicher Konkrektion sichtbar.

Verjährungsdebatten rüttelten die Öffentlichkeit immer wieder auf und zwangen Politiker, Parteien und die öffentliche Meinung zu Stellungnahmen. Die Verfolgung nationalsozialistischer Gewalttaten ging also über die Rechtsprechung hinaus und forderte stets erneut Auseinandersetzung, Zustimmung, innere Beteiligung. Und dabei wurden Fehlentwicklungen konstatiert, die teilweise selbst dort als reinigender Skandal wirkten, wo dem

32 Ebd., S. 257.

rechtlichen Zugriff – etwa in Sachen Volksgerichtshof – eine Grenze gesetzt war. Eine weitere Konsequenz der NS-Strafverfahren lag in der Deutlichkeit, mit der der verbrecherische Grundcharakter des NS-Regimes und der Bezugspunkt für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus sichtbar wurden.

Die späten sechziger Jahre waren durch eine deutlich politisierte Widerstandsdiskussion geprägt: Studentenbewegung und Kritik am deutschen Obrigkeitsstaat oder zumindest an seinem Sonderweg, wie sie etwa von Ralf Dahrendorf vorgetragen worden war<sup>33</sup>, mündeten in die Notstandsdiskussion, die schließlich dazu führte, daß das Widerstandsrecht in die Verfassung aufgenommen wurde. Widerstandstheoretiker und Verfassungsrechtler hielten den verfassungsgebenden Akt zwar für unerheblich, weil auch ohne diese Bekräftigung des Willens zur Verteidigung der verfassungsmäßigen Ordnung im Falle einer Verfassungs- und Grundrechtsverletzung Widerstand geboten war<sup>34</sup>. Dennoch diente das Mißtrauen, das sich in der Notstandsdiskussion artikulierte und sich vor allem gegen staatliche Institutionen und Absichten richtete, auch einer Verdeutlichung gesellschaftlicher Fehlhaltungen. Denn das Widerstandsrecht nach Artikel 20 Grundgesetz soll die „Schere“ bewältigen, die sich zwischen staatlichem Druck und gesellschaftlich manifest werdenden Übergriffen öffnet; das Widerstandsrecht zieht insofern Konsequenzen aus einer weitgehenden Angleichung von Staat und Gesellschaft und der daraus resultierenden Gefährdung der Freiheit, die nach Böckenförde nicht zuletzt durch die Differenz von Gesellschaft und Staat bedingt ist.

Das Widerstandsrecht des Grundgesetzartikels 20 bezeichnet nicht nur die Grenze staatlichen Zugriffs; in ihm artikuliert sich auch die Entfremdung zwischen staatlichen Institutionen und Bürgern und das daraus erwachsende Mißtrauen, das vor allem in Teilgruppen der Gesellschaft gepflegt wird. Die Auseinandersetzung um die deutsche Ostpolitik, die nach 1968/69 einsetzte, zeigte dies deutlich. Die Ablehnung dieser Politik mochte insofern legitim sein, als stets um Grundfragen politischer Ordnung und Gestaltung gestritten wird. Der Kampf gegen die Aussöhnungs- und Friedenspolitik aber wurde von rechtsextremistischen Gruppen unter Rückgriff auf die Kategorie des Widerstandes geführt. Vor allem die Anhänger der

NPD und die Parteigänger der „National- und Soldatenzeitung“ stellten ihre Ablehnung der Ostverträge als „Widerstand“ dar und agierten im Straßenbild mit der Widerstands-Rune.

Um die gleiche Zeit entwickelte sich in Teilen der politischen Linken eine neue Widerstands-ideologie, die sich schließlich in terroristischen Übergriffen Bahn brach. Was vielfach als Auseinandersetzung mit Bedingungen sogenannter struktureller Gewalt erschien, wurde rasch Ausdruck von Menschenverachtung, Menschengefährdung und Mord. Hier kann nicht der Zusammenhang zwischen gewaltsamer Demonstration, Kaufhausbrandstiftung, Isolierung von der Gesellschaft und aktivem Kampf gegen die Träger der Politik bis hin zu Mordanschlägen geschildert werden. Was hier im Vordergrund steht, ist die Tatsache, daß sich in durchaus beachtenswert großen Gruppen in jenen Jahren die Widerstandsvorstellung wandelte: bereits Zumutungen des Alltags und der alltäglichen Politik sollten abgewehrt werden; „Widerstand der kleinen Münze“ mündete in eine Auflehnung, die sich als Widerstand bezeichnete, aber Rechtsbindung und Verhältnismäßigkeit der Widersetzlichkeit außer acht ließ.

Dennoch hatte diese Inflationierung des Widerstandsbegriffs wissenschaftlich durchaus positive Folgen. Die zunächst eng gezogenen Bereiche der Widerstandsforschung weiteten sich aus: Jugendwiderstand, Resistenz von Milieus, Teil- und Teilgruppenwiderstand zur Zeit des Nationalsozialismus wurden nun zu Themen wissenschaftlicher Forschung. Weiteste Dimensionen der Resistenz – wie etwa die Bemühungen des Exils, die unbeirrbar behauptung des Anstands im täglichen Leben, die moralische Fundierung des Widerstands im Kleinen – rückten in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses und der historischen Forschung. Die engen Barrieren eines in den fünfziger Jahren entwickelten und vor allem juristisch präzisierten Widerstandsbegriffs wurden fraglich; jene Urteile von Gerichtshöfen und Verwaltungsgerichten wurden zunehmend als Maßstab in Zweifel gezogen und bestimmten deshalb kaum mehr die Widerstandsvorstellungen.

Die späteren Diskussionen um den Widerstand kehrten einesteils zu dem Mißtrauen zurück, das sich in der Notstandsdiskussion der sechziger Jahre gegenüber dem Staat artikulierte; anderenteils wurden zukunftsorientierte Fragestellungen aufgenommen. In den Widerstandsdebatten der Kernkraftgegner, der Gegner einer Nach- oder Aufrüstung, der Verteidiger von „Bürgerrechten“ ging es nicht nur um Gerechtigkeitsvorstellungen und

33 Vgl. Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965, S. 442 ff.

34 Vgl. Arthur Kaufmann (Hrsg.) (Anm. 5).

die Verantwortung der heute Lebenden für die Lebensverhältnisse der unmittelbaren Nachkommen und die Überlebensvoraussetzungen der Menschheit: Es ging immer auch um die Auseinandersetzung um gegenwärtige Politik, um Gegnerschaften und politische Mobilisierung, schließlich auch um Bündnis- und Mehrheitsfragen.

Der politische Konflikt entfaltete sich nicht zuletzt in unerbittlich geführten Friedensdiskussionen, in denen nicht mehr bloß um den Sinn und die Struktur des Friedens gestritten wurde, sondern prinzipiell um die Rolle der Macht im zwischenstaatlichen Beziehungsgeflecht. Diese Diskussionen erstreckten sich auch auf das Zwillingsrecht des Widerstandsrechts – auf das Recht zur Demonstration, zur Vereinigung und Versammlung. Schließlich stand im weiteren Bereich das Ordnungsprinzip der parlamentarischen Demokratie selbst in Frage: das Recht der mehrheitlichen Willensbildung.

Bei allem Widerstreit der Nachgeborenen um Deutung und Bedeutung des Widerstands darf jedoch die Realität des „Aufstands des Gewissens“ keinen Schaden nehmen. Dieser Aufstand beinhaltet und benennt eine Einsamkeit der Entscheidung, die Konsequenz der langjährigen, erbarmungslosen staatlichen Verfolgung des Widerstands und seiner Träger aus vielen gesellschaftlichen Gruppierungen war, aber auch die Konsequenz einer gebrochenen und lädierten Moralität vieler Deutscher, die aus ihrer Feigheit resultierte und schließlich nur neue Feigheit hervorbrachte.

---

## VII. Ausblick

---

Die Geschichte der Auseinandersetzungen mit dem Widerstand spiegelt nicht nur die Schwierigkeiten vieler Deutscher mit ihrer Zeitgeschichte,

sondern ebenso die Probleme, die eine Deutung des 20. Juli 1944 seit dem Ende des NS-Staates mit sich bringt. Lebensgeschichte und Systemgeschichte verbinden sich dabei auf eine denkbar enge und fast unauflösbare Weise. Sie zeigt auch, in welchem Maße in der Regel erst nach langer Zeit heftig umkämpfte und umstrittene geschichtliche Begründungen zum gesicherten Bestand einer politisch verfaßten Gesellschaft werden.

Die Deutschen mußten sich nach dem Ende des NS-Staates, das für Regimegegner „an der doppelten Front von Bomben und Gestapo“ (Ursula von Kardorff) nicht nur den staatlichen Zusammenbruch, sondern vor allem eine Befreiung aus höchstem politischen Zwang und größter Lebensgefahr bedeutet hatte, erst ihr Bild des Widerstands erarbeiten. Dies geschah in engster Verbindung mit den Diskussionen über die individuelle und kollektive Verantwortung der Deutschen für die nationalsozialistische Zeit: Die Einsicht in den verbrecherischen Charakter des nationalsozialistischen Rassenstaates rechtfertigte so fast jeden Versuch, nicht nur den Opfern des Staates zu Hilfe zu kommen, sondern, in den Worten des protestantischen Regimegegners Dietrich Bonhoeffer, dem „Rad des Staates“ selbst in die Speichen zu greifen.

Daneben gab es andere Tendenzen: Die Erinnerung an den Widerstand war nämlich nicht nur ein Akt der Pietät, der Würdigung der Opfer eines Kampfes gegen den Nationalsozialismus, sondern sie blieb geprägt durch die vielfältigen politischen Interessen der nach ihnen Lebenden, ihrer Regierungen und ihrer Ziele. Und sie blieb auch abhängig von den politischen Kräften, die seit 1945 nach Macht und Einfluß strebten und deshalb versuchten, sich in die Traditionen jener zu stellen, die gegen den Nationalsozialismus gewirkt hatten, oder die als Vertreter gesellschaftlicher Interessen die Zielvorstellungen der Deutschen beeinflussen wollten.

## Der 20. Juli 1944 – damals und heute

---

### I.

---

Der 20. Juli 1944 war ein drückend schwüler Tag. Wie die Tage vor und nach ihm verschlang er an den Fronten Ströme von Blut. Im Osten hatten sowjetische Panzerrudel erste Einbrüche in Ostpreußen erzwungen: In erbitterten Kämpfen warfen sich ihnen die deutschen Verteidiger entgegen. Aber auch im Westen mußten sie zäh um Boden ringen: Die alliierten Invasionsarmeen rüsteten sich, in die Tiefe Frankreichs vorzudringen. All das band die Kräfte, die Deutschland im fünften Kriegsjahr noch zu mobilisieren vermochte. Und nicht nur in Ost und West war es in krisenreiche Defensiven zurückgeworfen. Über dem Reich drohte die Abwehr den britisch-amerikanischen Fluggeschwadern zu erliegen, deren Bombenteppiche Städte und Fabriken verwüsteten.

Längst hätte der Krieg auf politischem Wege beendet werden müssen. Doch schon hatte sein Ablauf politische Impulse verdrängt und aufgesogen. Die Koalition der Weltmächte forderte: bedingungslose Kapitulation. Um so verbissener setzte Hitler auf Sieg oder Untergang. Haß hatte Brücken der Verständigung gesprengt. Der Krieg tobte als Weltanschauungs- und Vernichtungskampf. Allein die völlige Ermattung eines der Gegner mochte ein Ende mit Schrecken bringen.

Es war im Jahre 1944 keine Frage, wer den Krieg verlieren würde. Das Reich hatte die größten Mächte der Welt zu Feinden und auch nicht eine entscheidend geschlagen. Jetzt schlug die von Hitler zusammengeschmiedete Allianz mit Kräften zurück, die Deutschland früher oder später erdrücken mußten. Gleichwohl war das deutsche Volk im Juli 1944 noch weit davon entfernt, seine wahre Situation nüchtern zu erkennen. Terror, Propaganda und Versprechungen hatten ihm den Zugang zur Wirklichkeit verstellt. Über Regungen der Vernunft breitete sich Wunderglauben, über Zweifel vertrauensvolle Hoffnung. Nicht wenige wählten den Zustand der Selbsthypnose, weil er am ehesten ein böses Erwachen hinauszögern konnte. Zeigte sich eine andere Chance, als den Vernichtungswillen der Gegner durch harte

Gegenwehr zu brechen? Waren nicht kaum vorstellbare Vergeltungswaffen angekündigt? Konnte Adolf Hitler den Kampf fortsetzen, ohne von einem erträglichen Ende für Deutschland überzeugt zu sein? Längst hat der Historiker Mühe, die damalige Stimmung des Volkes zu verstehen, geschweige verstehen zu machen. Diese Stimmung aber unterstützte noch immer den Mann, der entschlossen war, notfalls das Reich zugrunde zu richten.

Auch der 20. Juli 1944 schien also nur ein weiterer Tag des Kampfes zu sein, in dem nun Deutschland mehr als je um sein Überleben focht. Doch schon in der Frühe des Tages war in Berlin Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg aufgebrochen, diesem 20. Juli 1944 eine besondere Bedeutung zu geben. Der sechsunddreißigjährige schwerversehrt Offizier, Stabschef des Ersatzheeres, hatte Hitler über die verfügbaren Reserven zu berichten. Alle Unterlagen für den Vortrag in der „Wolfschanze“ trug er bei sich. Zugleich aber hatte er zwischen den Papieren die Bombe verstaut, durch die er seinen Obersten Befehlshaber zu töten trachtete. Bisher waren ihm zwei Attentatsversuche fehlgeschlagen. Bereits am 11. und 15. Juli hatte er zum Anschlag ausgeholt. Doch mochten diesmal auch Göring und Himmler fehlen, die er ursprünglich ebenfalls töten wollen – jetzt war für ihn der letzte Augenblick zum Handeln gekommen.

Und Stauffenberg handelte, nachdem er den inneren Sperrkreis des Führerhauptquartiers erreicht hatte. Er nutzte wenige unbeobachtete Momente, um mit den verbliebenen drei Fingern seiner linken Hand die Bombe zu schärfen. Er gelangte zu Hitler, stellte die Mappe in dessen Nähe zu Boden und konnte entweichen, um in Berlin die Alarmmaßnahmen der „Operation Walküre“ auszulösen. Um 12.42 Uhr an diesem 20. Juli schoß unter ohrenbetäubendem Knall eine Flammenwand aus der Baracke, in die Hitler hohe Militärs befohlen hatte, um die „Lage“ des Tages zu hören und zu erörtern. Die Explosion zerriß die Baracke und schleuderte menschliche Körper empor. Offenbar hatte ihre Gewalt, die dem Einschlag einer 15-cm-Granate glich, Tod und Verderben gebracht. Damit war der Anschlag geschehen, die Existenz des Widerstandes sichtbar bekräftigt.

Lang und voller Umwege blieb die Geschichte, die diesem Ereignis des 20. Juli 1944 vorausgegangen war. Dafür bürgten Mentalitäten und Umstände – Welten mußten zusammengestürzt sein, bevor ein deutscher Offizier den Gehorsam verweigerte und gegen sein Staatsoberhaupt rebellierte. Entscheidend war dabei, daß sich über Jahre kaum Opposition regen konnte, da der Nationalsozialismus jeden Widerstand national denkender Menschen zunächst überflüssig zu machen schien. Solch eine Feststellung mag heute befremden; doch nur wer ihr folgt, wird der Wahrheit dienen und Legenden vermeiden.

---

## II.

---

Hitlers Aufstieg war nicht Zufall; Kräfte und Mächte begünstigten ihn. Wohl hatte er – nahezu ein einmaliges politisches Phänomen – von vornherein enthüllt, was ihn antrieb und beflügelte. Die Zeit aber, die seinen Aufstieg erlebte, nahm zumeist allein den Hitler wahr, der ihr Streben und Wollen spiegelte. Diese Zeit ersehnte nicht den Totalitarismus, der ihr von Hitler zugeordnet war; sie hätte nicht einmal zu sagen vermocht, was unter Totalitarismus – dem Begriff und der Wirklichkeit – zu verstehen sei. Doch sie wünschte den autoritären Staat herbei, der die Parteien-Demokratie überwinden sollte – und zwar nicht um der Freiheit, vielmehr um der Ordnung willen, die, wie man wähnte, nur eine geeinte Volksgemeinschaft bringen konnte. Diese Einheits-Sehnsucht erfüllte damals Millionen, und sie beherrschte auch jene, die später den Nationalsozialismus zu stürzen suchten.

Nehmen wir die Konservativen Goerdeler, von Hassell, Popitz, Oster und Canaris: Sie waren Männer, die, vom Kaiserreich geprägt, unumschränkter Parlamentsherrschaft wenig abgewannen. Sie erblickten in der Wiederkehr autoritärer Gewalt ein Heilmittel, das Deutschlands innere Schwächen beheben werde. Ihr Ideal und Leitbild: der „vernünftige“ Obrigkeitsstaat. Hitler schreckte sie nicht, sofern es gelang, ihn durch Fachleute „einzurahmen“, die um Regieren berufen waren. Betrachten wir Generale wie Ludwig Beck und Erwin von Witzleben: Auch sie hatten in der Weimarer Republik, die der Reichswehr mit Mißtrauen begegnete, keine Heimstätte finden können. Sie hatte die Ohnmacht des 100 000-Mann-Heeres erbittert, das nicht einmal Polen und der Tschechoslowakei gewachsen gewesen wäre. Hitler aber

versprach eine Aufrüstung, welche die Armee befähigen sollte, das Reich zu verteidigen; zudem wollte er der Wehrmacht wieder zu traditionellem Ansehen verhelfen. All das beeinflusste nicht zuletzt die Haltung der jungen Offiziere.

Dies galt auch für den Stauffenberg des Jahres 1933. An der Tatsache, daß er die Weimarer Republik ohne tiefen Kummer dahinziehen ließ, kann kein Zweifel bestehen. Die scheinbare nationale Wiedergeburt zog die meisten in ihren Bann. Wir mögen jene, die Hitler nicht durchschaute, heute kurzsichtig nennen. Als Resultat verbleibt, daß er sich damals auch auf die Männer stützen konnte, die ihn am 20. Juli 1944 gewaltsam beseitigen wollten. Wir würden ihre Biographien verzeichnen, gäben wir sie a priori als Männer des Widerstandes aus.

Selbst die Kirchen haben dem Nationalsozialismus ihre Unterstützung nicht versagt. Wohl suchte der Papst die Rechte seiner Kirche durch ein Konkordat zu sichern, nach dessen Abschluß Hitler gleichsam hoffähig geworden war. Doch in dem Willen, eine nationale Gesinnung – sogar im Sinne der NS-„Bewegung“ – zu bezeugen, wünschte keine der Konfessionen zurückzustehen. Allein Sozialdemokraten und Kommunisten widerstanden. Unbeirrt folgten sie ihren jeweils eigenen Einsichten und mußten dafür schweres Leid ertragen. Denken wir an die Sozialisten Julius Leber und Carlo Mierendorff – schon 1933 wurden sie in Gefängnisse und Konzentrationslager geworfen. Ihre Haltung beschämt nicht die Tapfersten der Konservativen. Aber auch wer an Ewald von Kleist-Schmenzin und Edgar Jung erinnert, wird dem innerdeutschen Konservatismus kaum den Widerstandswillen zuerkennen können, den der Sozialdemokrat Otto Wels bezeugte, als er im Reichstag Hitlers Ermächtigungsgesetz verwarf.

Schließlich entschieden bei Zivilisten wie Militärs Legalität und Eid. Es ist eine nachträgliche Fehlinterpretation, wenn mit dem Kriterium der Demokratie nachgewiesen wird, daß Hitler nicht rechtmäßig an die Macht gekommen sei. Dieses Kriterium bewegte zu der Zeit nur wenige oder nur am Rande. Für die Mehrheit hatte Hitler auf legale Weise die Macht errungen. Ihm den eigens geschworenen Gehorsam aufzukündigen wäre nach überlieferten Geboten arglistiger Verrat gewesen.

Angesichts der wahren Natur Hitlers hatten sich somit von Anfang an Verstrickungen ergeben, die man sich jedoch zunächst nicht bewußt machte. Die meisten weigerten sich, zu glauben, daß Hitler Krieg und Untergang bedeute. Wollte er nicht im Gegenteil Deutschlands Wiederaufstieg und natio-



nale Größe? Überwiegend verfangen seine „guten“ patriotischen Absichten, gegen die Einwände ohnmächtig waren. Denn gerade sein „Großgermanisches Reich Deutscher Nation“ – damals eine kaum beachtete oder nicht ernst genommene Vision – setzte Deutschlands allgemein bejahte machtpolitische Erstarkung voraus. Und selbst später konnte er gewiß sein, daß ihm das Ethos, in dem die Diener des Staates erzogen worden waren, Loyalität und Hilfen garantierte. Es bedurfte schonungsloser Herausforderung, ehe die Zivilisten und Militärs überkommene Fesseln sprengten; sie brauchten Jahre, den Weg von den internen Denkschriften bis zum Bomben-Attentat zurückzulegen.

---

### III.

---

Trotzdem war die Opposition derer unvermeidlich, die sich am 20. Juli 1944 erheben sollten. Ihr Geist war dem Wissen und Gewissen verbunden. Er war auf Anstand, Pflichttreue, Recht und Würde eingeschworen. Er verleugnete bittere Erfahrungen der Vergangenheit nicht; er suchte mit Umsicht die Zukunft zu meistern. Auch dieser Geist sann auf Revisionen. Auch er zehrte von einem kraftvollen oder geschürten Nationalismus, der das Versailler Unrecht nicht ertragen wollte – aber einen Imperialismus, der selbstmörderisch die Feindschaft der größten Mächte riskierte, erstrebte er nirgendwo.

Hitler konnte sich nur als Antipode jenes Geistes enthüllen. Denn Gewissen war ihm Schwäche, Wissen störende Anmaßung, Ethos im traditionellen Sinne Lippenbekenntnis. Hitler mißachtete die Gegenseitigkeit des Eides. Politisch opferte er allein einem Götzen: messianischem Wahn. Sicher sann auch er auf Revision der Versailler Grenzen. Doch in ihr erblickte er lediglich eine Vorstufe zur Unterwerfung Europas, die ohne einen abermaligen Weltkrieg nicht zu haben war. Mochte dabei das Deutsche Reich zugrunde gehen: Hitler glaubte tun zu müssen, was „Vorsehung“ und „Berufung“ von ihm „forderten“. Das machte jene unfäßlichen Verbrechen möglich, für deren Fluchwürdigkeit er kein Organ besaß.

Wir können den Aufstieg dieses Mannes nicht eingehender untersuchen. Dazu wäre zu weit auszuholen, und auch dann verblieben quälende Rätsel. Bereits eine Erörterung des Problems „Faschismus“ würde diesen Rückblick sprengen. Es genüge der Hinweis, daß sich eine deutsche Opposition in

dem Augenblick regte, in dem Hitler seine Maske fallen ließ: Der 30. Juni 1934, an dem er Widerstand beseitigte und geltendes Recht verhöhnte (sogenannter „Röhm-Putsch“), wurde zwar hingenommen. Es war eine Schande, an der namentlich die Armee würgen sollte – ungeachtet der Tatsache, daß sie wähnte, in der sozialrevolutionären SA Ernst Röhm einen lästigen Nebenbuhler losgeworden zu sein. Die matten Proteste, mit denen sie sich hinter verschlossenen Türen gegen die Ermordung der Generale Schleicher und Bredow auflehnte, wirken peinlich und entlasten nicht. Die wiedererrungene Wehrhoheit und die Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes im folgenden Jahr sowie der Anschluß Österreichs beschwichtigten. Als indes Hitler die Tschechoslowakei zu „zerschlagen“ trachtete, begann unter Beck, dem Chef des Generalstabes, der Widerstand. Wissen und Gewissen empörten sich.

Beck erkannte, daß die Krise im Herbst 1938 einem Krieg zutrieb, in dem das Reich – unfertig in der Rüstung – einer machtvollen Feindkoalition unterliegen mußte. Nicht nur Tschechen und Slowaken, auch England und Frankreich würden Deutschlands Gegner sein. Offen legte Beck seine Besorgnisse in mehreren Denkschriften dar. Liest man sie oberflächlich, scheinen sie lediglich Fachkritik zu bieten. Nüchterne Rechenexempel beherrschen ihre Argumentation. Doch Beck, der Generalstabschef, hatte sich an nüchterne Rechenexempel und übliche Sprachregelungen zu halten, wollte er überhaupt hoffen, Hitlers Ohr zu erreichen. Daher fehlen auch nicht „einlenkende“ Worte zu des Diktators „Lebensraumpolitik“. Aber das Wissen, das sich herausgefordert sieht, gründet im Gewissen, und die Fachkritik wird dort zur Ideologiekritik, wo Beck erklärte, daß Europa verteilt und vergeben sei. Eine maßlose „Neuordnung“ bedeutete ihm Frevel, ja, Quelle unabsehbarer Gefahren. Das Reich war, in seinen Augen, saturiert und gewährleistete den Gleichgewichtsfrieden des Kontinents. Dieses Reich – auch das aufgerüstete – mußte jedoch untergehen, wenn es andere Völker überfiel.

Beck dachte vom Gleichgewicht der Kräfte her. Zu Recht meinte er, daß mit ihm heilsame Schranken errichtet waren. Gab es ein besseres Regulatoriv, um die Spannungen innerhalb Europas souveräner Staatenwelt zu begrenzen? Hatte nicht schon der Anschluß Österreichs eine Machtfülle eingetragen, die zum Mißbrauch verleitete? Ging aber das Gleichgewicht verloren, brachen alle Dämme. Ludwig Beck wußte: Deutschland war kraftvoll genug, solch ein Unglück heraufzubeschwören. Seit es Bismarck geeint hatte, drohte es sich zu über-

schätzen. Trotzdem besaß es nicht die Macht, einen großen Krieg bis zu dem Sieg durchzustehen, nach dem es seinen Gegnern den Frieden diktieren konnte. Dieser Sieg war unmöglich; er war nicht einmal zu wünschen.

Wäre Hitler der Mann gewesen, zu begreifen, was Beck aufrüttelte und umtrieb, hätten ihn auch geschichtliche Lehren warnen müssen. Hitler blieb jedoch vom Sendungsbewußtsein geprägt. Er suchte die Tschechoslowakei zu vernichten. Beck schrieb daher in einem Rechenschaftsbericht, daß außergewöhnliche Zeiten außergewöhnliche Handlungen verlangten. So entschloß sich eine rasch gebildete Fronde, Hitler in dem Augenblick zu verhaften, in dem er den Angriffsbefehl gab. Ein Staatsstreich wurde durch Absprachen und Pläne vorbereitet.

Die erwogene Verhaftung des Diktators verriet, daß Beck und dessen Verbündete ein Attentat scheuten. Solche Haltung war ehrenwert, indes auch problematisch. Ein nur vor Gericht gestellter Hitler hätte den Spieß umdrehen können. Leicht wäre er, bei seiner Beredsamkeit, selbst zum Ankläger geworden. Gleichwohl hatte ein Staatsstreich im Herbst 1938 etliche Chancen. Das Volk bewunderte Hitler, aber es wollte keinen Krieg. Die Verschwörer durften Zuspruch erwarten, wenn sie beweisen konnten, daß der „Führer“ gewillt war, va banque zu spielen. Emissäre reisten nach London, um die Regierung Chamberlain in ihrer Festigkeit zu bestärken. Schon deren Mission, unerläßlich für den Coup d'Etat, war eine außergewöhnliche Handlung. Erinnern wir uns, daß die konservative Opposition ein starkes Deutschland anstrebte. Hier nun forderte sie Großbritannien auf, dem Reich einen Zuwachs an Macht zu verweigern. Doch alle Versuche des Widerstandes scheiterten. Chamberlain – überzeugt davon, daß er sich zu verständigen habe – schloß das Münchener Abkommen, mit dem Hitler das Sudetenland gewann und einen seiner größten Triumphe feierte. Der Staatsstreich mußte unterbleiben; er wäre weder verstanden noch geduldet worden.

Die Opposition, die sich formiert hatte, fiel jedoch nicht auseinander. Die „Kristallnacht“ (November 1938) sowie die Auslöschung der Tschechoslowakei (März 1939) alarmierten von neuem. Beck, Goerdeler und Hassell sahen, daß Deutschlands Katastrophe näherrückte. Stauffenberg, damals Rittmeister in einer Panzer-Division, ging auf Distanz zum NS-Regime. Als im Reich die Synagogen brannten, studierte er bewußt die Erhebungspläne seines Vorfahren Gneisenau. Als Hitler die

Tschechoslowakei „zerschlug“, äußerte er betroffen: „Der Narr macht Krieg.“ Aber was immer die Opposition bewegte – sie vereinsamte und verfiel der Isolation. Der Diktator faszinierte allzu viele; er hatte – aus der Sicht des Volkes – „recht“ behalten. Jetzt schien er um so unangreifbarer, als ihn Charisma und ein ausgreifendes totalitäres System schützten.

Vielleicht wäre es möglich gewesen, einen zweiten Staatsstreich zu planen. Angesichts der Erfolge Hitlers, die ihn zum Schlimmsten anstachelten, blieb er notwendiger denn je. Die Opposition indes glaubte, daß sie erst wieder handeln dürfe, wenn ein günstiger Moment gekommen sei. Das aber konnte nur eine sichtbare Niederlage des NS-Regimes sein. Wer will, möge diese Auffassung tadeln. Jeder bedenke jedoch auch die Tatsachen, die einst für sie gesprochen haben. Ein Staatsstreich muß nicht allein Herrschaft entmachten, er muß die Mehrheit gewinnen können. Damals hätte sich ihm bereits die Exekutive versagt, mit der er hätte gewagt werden müssen. So war der Krieg unaufhaltsam geworden. Mochte er politische Aktivposten schmälern – die Fronde konnte sich lediglich von ihm die Chance des rechten Moments erhoffen.

---

#### IV.

---

Der Krieg sah die Opposition am Werke, aber er schuf auch Konflikte, die der Frieden erspart hatte. Hitlers endgültiger Triumph war zu verhindern, doch durfte man zugleich des Reiches Niederlage riskieren? Die zivile Fronde mußte eine Lage fürchten, die ihr alle Verhandlungstrümpfe entwand. Wenn aber sie schon Deutschlands Zusammenbruch fürchtete, so konnte dieser niemals das Ziel der Soldaten sein. Der Soldat war nur einer Aufgabe verpflichtet: zu siegen. Brauchitsch und Halder, die Spitzen des Heeres, hatten bereits 1938 die Verschwörung eher gelähmt als vorangetrieben. Nun bekannten sie sich vollends zum Gehorsam. Auch Stauffenberg ließ Zweifel verstummen: Der Krieg forderte Einsatz und Hingabe, Feindbegünstigung schied für ihn aus. Er war ein zu glühender Soldat, als daß er bereit gewesen wäre, die Wehrmacht aufs Spiel zu setzen.

Heute brauchen wir Phantasie, um die seelischen Spannungen der Verschwörer ermessen zu können; und selbst dann dürfte unsere Einfühlung kaum ausreichen. Der Widerstand der Länder, die Hitler unterworfen hatte, kämpfte an einer Front; der

deutsche drohte von zwei und mehr Fronten zerrieben zu werden. Trotzdem gab es Versuche, Konflikte durch eine Flucht nach vorn zu überwinden. Generalmajor Hans Oster, Mittelpunkt des Amtes Abwehr, warnte Holland und Belgien vor dem deutschen Angriff. Die Rote Kapelle sandte Nachrichten an die Adresse Moskaus. Derartige Taktiken waren und sind umstritten, aber sie bezeugen vorbehaltlosen Widerstand. Auch darauf ist hinzuweisen, wenn das Zögern der Fronde verdammt wird.

Zunächst überrannte Hitler mit seinen Siegen jede Opposition. Alle Anstrengungen, ihm in den Arm zu fallen, wurden an der Eile zuschanden, mit der er neue Tatsachen schuf. Wohl existierten Absprachen und Kontakte. Hammerstein – ein alter Feind des Regimes – plante, den Diktator zu verhaften, falls er am Westwall seine Armee inspizierte. Viele Generale bedrückte die Aussicht eines Frankreich-Feldzuges: Sie hätten Männer, die den Krieg auf politischem Wege beenden wollten, sicher nicht gehindert. Doch die Heeresführung sträubte sich. Ihr Entschluß zur Offensive machte hoffnungsvolle Verbindungen zunichte, die noch 1939/40 zu den Westmächten geknüpft werden konnten.

Die Verschwörer standen vor einer folgenschweren Zäsur. Deutschlands Gegner hörten auf, an eine Opposition im Reich zu glauben. Unwiederbringliche Kredite waren vertan. Hätte – so müssen wir fragen – die Fronde damals handeln können? Sie hätte nicht nur klarer Pläne, sondern eines entschlossenen Willens bedurft, wenn sie hätte handeln wollen. Dieser Wille indes fehlte, weil man zu wissen meinte, daß ein Staatsstreich keine Gefolgschaft, keine Resonanz finden werde. Das mochte manchmal ein Vorwand sein; nach dem siegreichen Frankreich-Feldzug, der auch Skeptiker zuversichtlich stimmte, war es eine begründete Sorge.

Doch mit den Siegen keimte und reifte zugleich die Niederlage, denn Hitlers Vermessenheit stieg ins Grenzenlose. Sein Angriff auf die Sowjetunion zwang eine Feindkoalition zusammen, die er nicht zu schlagen vermochte. Als die Schlachten um Stalingrad und Nordafrika verlorengingen, schien jener psychologisch günstige Augenblick gekommen, den die Opposition hatte abwarten wollen. Nun wurde ein Staatsstreichplan entworfen. In Berlin bildete sich das Hauptzentrum des Widerstandes, an der Ostfront Henning von Tresckows Offiziersfronde. Am 13. März 1943 wagte sie den Anschlag. Eine Bombenexplosion sollte Hitler auf dem Rückflug von der Heeresgruppe Mitte in der Luft zerreißen. Die Bombe, als Kognakflaschen-

paket getarnt, wurde gezündet und gelangte an Bord des Flugzeuges, detonierte aber nicht. Nur mit Kaltblütigkeit waren die Spuren des Attentats zu verwischen.

Ein erfolgreicher Anschlag hätte die Verschwörung vor vollendete Tatsachen gestellt. Nichts wäre auch nötiger gewesen, denn noch immer zeigte die Opposition bedenkliche Schwächen. Schon der Anschlag war umstritten. Goerdeler konnte sich nicht entschließen, purer Gewalt das Wort zu reden. Helmuth James Graf von Moltke lehnte sie vollends ab. Auch politische Gegensätze schwelten. Während die einen erwogen, die Monarchie zu restaurieren, drängten andere zu einem sozialistischen Deutschland. Ebenso abträglich waren die außenpolitischen Hypotheken der Fronde. Hier entsetzte vor allem die Förderung bedingungsloser Kapitulation. Nahezu jeder Verschwörer erstrebte die Verständigung mit den Westmächten. Großbritannien und die Vereinigten Staaten versteiften sich jedoch auf die totale Unterwerfung Deutschlands.

All das schreckte die Generalität, stempelte den Staatsstreich zu einem verzweifelten Unternehmen und schien denen recht zu geben, die lieber dem „Ausbrennen“ zusehen wollten, damit ein Neuanfang ohne Dolchstoß-Vorwürfe möglich sei. All das haben wir hervorzuheben, schon um jener Schönfärberei zu entgehen, die den Männern des 20. Juli mehr geschadet als genützt hat. Diese Männer waren Menschen aus Fleisch und Blut, sie besaßen und machten Fehler. Sie schwankten, stritten und klammerten sich teilweise an abwegige Zukunftsvorstellungen. Mitunter übersahen sie, daß der Kampf gegen Hitler rücksichtslose Methoden verlangte.

Niemand sollte ihnen indes – und dies will nun auch deutlich gesagt sein – die Richtigkeit ihrer Einsichten und Lauterkeit der Gesinnung absprechen. Den Widerstand 1943 und 1944 gegen die Mehrheit des Volkes zu leisten, erforderte eine seltene Tugend: höchsten Mut.

Manche freilich unterstellen weiterhin Opportunismus: lediglich der drohende Verlust des Krieges hätte den Aufstand der Verschwörer erzwungen. Gewiß, wer im Kriege „nur“ militärisch dachte – und dies taten nicht wenige –, den konnte erst die herannahende Katastrophe aufschrecken. Aber muß daran erinnert werden, daß sich schon im Versuch, das Vaterland zu retten, ein Wert spiegelt, den nichts herabzusetzen vermag? Und es blieb nicht allein bei diesem Motiv. Hitlers Verbrechen in Verfolgung, Unterdrückung und Ausrottung hatten in vielen noch tiefere Gegenkräfte

wachgerufen. Sie erblickten im „Führer“ den Antichristen, der um jeden Preis zu Fall zu bringen war. Diese Männer gehorchten wiedererweckten oder unerschütterten Antrieben, mit denen sie Deutschland nicht nur retten, sondern heilen wollten. Sie durchschauten den Unfug anmaßender Ideologien, die Intoleranz und Terror gebären; sie verwarfen den Nationalsozialismus als untaugliches Ordnungsprinzip und erstrebten ein Gemeinwesen, das menschenwürdige Existenz ermöglichen sollte. In solchem Geist wurde stellvertretend gesühnt und auf den Rückgewinn der Ehre gesonnen, die unser Volk nicht ganz und gar verlieren durfte. In dieser Haltung regte sich der Widerstand, der in elementaren Überzeugungen wurzelte und Hitler unbedingt zu bekämpfen entschlossen war.

---

## V.

---

Seitdem sind fünfzig Jahre vergangen – Jahre, in denen sich jeweils nur wenige zusammenfanden, um der Opfer des 20. Juli 1944 still zu gedenken. Auch an größeren Kundgebungen fehlte es nicht, Zeitungen und Zeitschriften publizierten Artikel, doch täuschen wir uns nicht: In den Herzen unseres Volkes findet all das kaum ein Echo. Der Tag trennt und entzweit. Er vermag die meisten weder anzurühren noch zu überzeugen. Viele wissen nicht mehr, was am 20. Juli 1944 geschah und was dieses Datum bedeutet. Junge Menschen blicken ratlos, wenn man sie nach Beck oder Stauffenberg fragt.

Solch eine Bilanz wirkt bedrückend, aber kann sie verwundern? Deutschland war über Jahrzehnte an sich irre geworden. Der Zusammenbruch 1945 und die zunehmende Kenntnis der ungeheuerlichen Verbrechen gingen über seine Kraft. Oft weigerte es sich, die Lehren des totalitären NS-Staates und des Zweiten Weltkrieges zu bedenken. Die Erschütterungen, die von ihnen ausgingen, blieben geistig ohne Ertrag. Was im Widerstand an Großem eronnen und geplant war, was damals aus zureichender Erkenntnis und angenommenem Leiden in neue Richtungen drängte, ging weitgehend verloren. Die Teilung unseres Landes schließlich hatte uns vollends beklommen gemacht. Wir widersetzten uns der Geschichte und wollten ihr kurzweg entfliehen. Wir spotteten jeder Tradition und lebten ein Leben, von dem wir zu glauben schienen, daß es keine außerordentlichen Impulse mehr verlange. Die Vergangenheit und heilsame Traditionen wurden pauschal abgetan.

Trotzdem wetteiferten West und Ost – zumindest äußerlich – um den „Besitz“ des 20. Juli. In der alten Bundesrepublik Deutschland sollte nach offiziellen Worten gelten: Wir stehen zu Stauffenberg und seinen Werten. Doch zugleich beharrte die Deutsche Demokratische Republik darauf, daß der antifaschistische Widerstand ihr allein gehöre. Im Westen war kaum zweifelhaft, wer zu Unrecht den Widerstand anzurufen wagte. Freiheit und Menschenwürde kennzeichneten nicht das Staatsgebilde, das sich durch Mauer, Stacheldraht und politische Verfolgungen traurigen Ruhm erwarb. Wußten wir aber wirklich, ob die Männer des 20. Juli der westdeutschen Nachkriegspolitik zugestimmt hätten? Sicher würden sie der Rechtsstaatlichkeit des westlichen Deutschland Respekt, vielleicht sogar Anerkennung gezollt haben. Unser Konfessionalismus, die belasteten Würdenträger in hohen Ämtern sowie der Egoismus der Parteien hätten sie jedoch abgestoßen und erbittert. Das ist keine Spekulation, das haben Überlebende des Widerstandes bezeugt. Es wäre noch heute Gedankenlosigkeit, wollten wir den 20. Juli überall als unseren Schutzgeist ausgeben. Zu alledem erinnerte der 20. Juli an Schuld: Er beschämte und erweckte Scham. Schon deshalb wollte man nicht, daß die Vergangenheit zurückgeholt würde. Viele hatten Grund, den Nationalsozialismus und das Dritte Reich zu begraben.

Auch die Geschichtsschreibung hat nicht immer geholfen. Gewiß werteten Forscher und Publizisten den 20. Juli 1944 als hellsten Augenblick unserer sonst niederdrückenden jüngsten Geschichte. Die DDR-Historiographie indes hielt für die Tat der Fronde zumeist das öde Begriffsspinngewebe des „Putsches der Junker, Militaristen und Reaktionsäre“ bereit. Sie wertete nach den vehement wechselnden Bedürfnissen des Tages und wagte, wo sie sich kühner zeigte, allenfalls die Thesen sowjetischer Historiker wiederzugeben. Mochte sie schließlich Stauffenberg und jene Männer anerkennen, die einen Ausgleich mit der Sowjetunion erstrebten; mochte sie gar den Kreisauer Kreis als fortschrittliches Element loben – nichts konnte ihr Vorurteil beirren, daß Widerstand in erster Linie von Kommunisten geleistet worden sei.

Doch auch wir haben genug Anlaß zur Selbstkritik. Zwar gelangen im Westen glänzende, ja, richtungweisende Forschungen. Nicht selten aber hat unsere Geschichtsschreibung unterschlagen, was hurtig geschaffene Leitbilder in Gefahr bringen könnte. Sie suchte Helle um jeden Preis; sie idealisierte selbst Köpfe und Gedanken, die Distanz nahegelegt hätten. Daneben wurde von ihr geflissentlich umgangen, was die DDR-Historiographie

im Unmaß pries. Noch immer hat sie nicht eindeutig den Anteil der Kommunisten am Widerstand herausgearbeitet. Noch immer scheint sie vor der Roten Kapelle und einem Mann wie Oster zurückzuschrecken. „Landesverrat“ lautet das Verdikt, mit dem sie beide Fälle analysiert zu haben glaubt. Manche Bücher schließlich klammern sich in ihren Darstellungen an den Krieg, um nicht eine Zeit ohne Widerstand schildern zu müssen. So haben wir noch etliche Probleme zu klären, unmerklich gewachsene Voreingenommenheiten abzustreifen, vor allem jedoch Licht und Dunkel besser zu verteilen.

Das Attentat am 20. Juli 1944 blieb ohne den Erfolg, von dem unmittelbare Wirkungen hätten ausgehen können. Sein Fehlschlag gab Menschen der Rache und Vernichtung preis, die uns nach 1945 bitter fehlten. So scheint er sinnlose Opfer gefordert und jene bestätigt zu haben, die Staatsstreich und Revolution verwarfen, weil sie für ein nachhaltiges Aufbegehren keine Voraussetzungen entdecken konnten. Niemals jedoch darf uns in der Geschichte der Erfolg das entscheidende Kriterium sein. Nichts ist mit dem Scheitern der Opposition über ihr Wesen und ihre Bedeutung ausgesagt. Hier dachten, fühlten und handelten Deutsche, die auch ohne Hoffnung offenbarten,

daß Recht und Sittlichkeit, Freiheit und Glauben in unserem Volk nicht erloschen waren. Sie bewahrten vor völliger Schmach. Hätte sich dieser Geist in Taten umsetzen lassen – viele Probleme der Gegenwart wären vermieden worden oder quälten weniger. Andererseits aber übergab uns auch das äußere Scheitern der Fronde ein Vermächtnis. Wer die Abschiedszeugnisse der Hingegangenen liest, begegnet Einsichten und Erkenntnissen, die jeder Zeit zur Ehre gereichen.

Wie immer man zu den Zukunftsvorstellungen des deutschen Widerstandes steht – nicht zu streiten ist über die Verpflichtung zum sittlichen Staat. Die Fronde des 20. Juli erstrebte diesen Staat. Sie war ein Meilenstein zur Freiheit und beschwört uns, jedem Totalitarismus zu widerstehen. Wenn wir, 1945 Parias, unter die Völker der Welt zurückgekehrt sind, so hat uns gerade der 20. Juli den Weg dazu geebnet. Daß versucht wurde, im Geist von Rechtlichkeit und Gewissensmacht zu handeln, bleibt eine uneingeschränkte Tatsache. Daran hat man auch heute, nach der Wiedervereinigung, zu erinnern, wo der 20. Juli 1944 zu einem entrückten Datum geworden ist, und ebenso wohl auch morgen, wo Rechtlichkeit und Gewissensmacht die bedrohlichsten Perspektiven abzuwehren haben.

## Der Kreisauer Kreis und die deutsche Zukunft

---

### I. Der Ort der Kreisauer in der deutschen Geschichte im totalitären Zeitalter

---

Kreisau war der Name des Gutes des Grafen James von Moltke, zwischen Breslau und Schweidnitz in Schlesien gelegen, wo sich zwischen 1940 und 1943 Angehörige der jüngeren Generation der deutschen Opposition gegen Hitler zu einer Reihe von Beratungen trafen über den geistigen und politischen Neuaufbau Deutschlands nach dem Ende der NS-Diktatur. Der Begriff „Kreisauer Kreis“ wurde zuerst von der Gestapo nach dem 20. Juli 1944 gebraucht, deren Verfolgungen die Mehrzahl der Mitglieder dieses Kreises zum Opfer fiel. Später hat die Zeitgeschichtsschreibung diese Bezeichnung übernommen.

In einer ersten Annäherung könnte man die Kreisauer als eine Gegen-Elite „im Bauch des Leviathan“ verstehen, eine antitotalitäre Phalanx herausragender Persönlichkeiten aus ursprünglich sehr verschiedenen geistig-politischen Lagern und sozialen Schichten. Sie fanden sich aus brennender Sorge um das Vaterland im Widerstand gegen das NS-Regime zusammen, in einem gemeinsamen Nachdenken für den „Tag danach“, über eine „Neuordnung“ Deutschlands nach dem voraussehbaren Zusammenbruch der Hybris Hitlers und seiner Gefolgschaft<sup>1</sup>. „Ob ein Staatsstreich oder die Niederlage der Herrschaft Hitlers ein Ende setze, man sollte jedenfalls eine durchdachte Vorstellung davon haben, mit welcher Ordnung man diesem Ende begegnen wolle“, formulierte der Mitstreiter Eugen Gerstenmaier im Rückblick diesen selbstgestellten Auftrag<sup>2</sup>.

1 Vgl. Klaus Hornung, Die Reformpläne des Kreisauer Kreises. Ein Beitrag zur deutschen politischen Überlieferung, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, (1955) 12; ders., Die sozialkonservative Tradition im deutschen Staats- und Gesellschaftsdenken, in: Jörg-Dieter Gauger/Klaus Weigelt (Hrsg.), Soziales Denken in Deutschland zwischen Tradition und Innovation, Bonn 1990; ders., Der Sozialkonservatismus im deutschen Staats- und Gesellschaftsdenken, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9-10/90, S. 3 ff.

2 Eugen Gerstenmaier, Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt-Berlin-Wien 1991, S. 149 ff.

Die Mitglieder des Kreises waren nicht „Dissidenten“ geworden, weil sie etwa zu den Schlechtweggekommenen und deshalb Enttäuschten des NS-Regimes gehörten; sie kamen durchweg aus Führungspositionen in Verwaltung, Wissenschaft und Kultur, und ihnen hätten im „Dritten Reich“ glänzende Karrieren offengestanden – hätten sie nicht am Auftrag des eigenen Gewissens und der tieferen Einsicht festgehalten und es vorgezogen, im Kampf gegen den Leviathan eher das eigene Leben zu riskieren und schließlich, in ihrer Mehrheit, auch zu opfern.

Der Kreis ist aber auch deshalb interessant und faszinierend, weil er einen Querschnitt der deutschen Geistes- und Sozialgeschichte der dreißiger und vierziger Jahre unseres Jahrhunderts darstellt, und dies unter den Bedingungen der totalitären Diktatur<sup>3</sup>. In ihm fanden sich zusammen

- Angehörige der alten preußischen Aristokratie „Ostelbiens“, besonders des geistig regsamen Schlesiens, mit großen Namen wie James Graf von Moltke, Peter Graf Yorck von Wartenburg, Horst von Einsiedel oder Carl Dietrich von Trotha;
- Repräsentanten einer jungen sozialdemokratischen „Arbeiterelite“ wie Julius Leber, Carlo Mierendorff, Adolf Reichwein, Theo Haubach und andere;
- Theologen aus beiden Kirchen wie die Patres Alfred Delp, Augustin Rösch, Lothar König und die evangelischen Theologen Eugen Gerstenmaier, Harald Poelchau und andere;
- Vertreter aus Wissenschaft und Verwaltung wie Adolf Reichwein, Hans Peters, Paulus van

3 Die umfassendste Darstellung ist noch immer die von Ger van Roon, Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967, mit einem umfangreichen Dokumentenanhang der Grundsatzklärungen und außenpolitischen Memoranden des Kreises, von Denkschriften einzelner Mitglieder und der Korrespondenz Moltke-Yorck-Einsiedel. Weitere Forschungsergebnisse finden sich bei Wilhelm Ernst Winterhagen (Hrsg.), Der Kreisauer Kreis – Porträt einer Widerstandsgruppe, Berlin-Mainz 1985, ferner bei Ger van Roon, Widerstand im Dritten Reich, München 1987<sup>4</sup>, und jetzt bei K. von Klemperer, E. Syring und R. Zitelmann (Hrsg.), „Für Deutschland.“ Die Männer des 20. Juli, Frankfurt-Berlin 1994.

Husen, Theodor Steltzer, Adam von Trott zu Solz, Hans Lukaschek, Günter Schmölders und andere; und

- schließlich gingen die Beziehungen hinüber zum militärischen Widerstand, teils durch Familienverbindungen, teils durch enge persönliche Freundschaften, besonders zum Attentäter des 20. Juli, Claus Graf Schenk von Stauffenberg, und seiner Gruppe.

---

## II. Geistige Prägungen und gemeinsame Ziele

---

In einem bekannten Brief hat James Graf von Moltke die gemeinsamen Ziele der Mitglieder des Kreises gültig umrissen. Sie sahen es als ihre Aufgabe an, sich „ein Bild Europas nach dem Krieg“ zu machen. „Wir können nur erwarten, unser Volk zum Sturz dieser Regierung des Schreckens und Grauens zu bewegen, wenn wir imstande sind, ein Ziel jenseits der lähmenden und hoffnungslosen nächsten Zukunft zu zeigen... Die eigentliche Frage, vor die Europa nach dem Krieg gestellt wird, ist die, wie das Bild des Menschen im Herzen unserer Mitbürger wiederhergestellt werden kann. Dies aber ist eine Frage der Religion und der Erziehung, der organischen Verbundenheit mit Beruf und Familie, des rechten Verhältnisses zwischen Verantwortung und Anspruch.“<sup>4</sup>

Es ging hier um eine grundlegende Alternative zum Nationalsozialismus, um die Wiederherstellung von Menschenwürde und Recht, um eine tragfähige Synthese von Freiheit und Bindung, verantwortlicher Freiheit also und eines natürlichen Gemeinschaftsgefühls, um eine Überwindung vor allem der neuheidnischen, biologisch-rassistischen Ideologie des NS-Staates durch eine entschiedene Hinwendung zum Christentum und zu der von ihm geprägten deutschen und europäischen Tradition. Und nicht zuletzt war das natürlich auch eine Auseinandersetzung der besten Teile der traditionellen preußisch-deutschen Führungsschichten mit den Herrschaftsansprüchen der neu aufgestiegenen Repräsentanten einer vor allem kleinbürgerlichen Massenbewegung. Das bedeutete aber gerade nicht, daß die Kreisauer etwa nur auf ihre alten Namen und ihren Besitz-

stand mit „Aar und Halm“ pochten. Im Unterschied zur älteren Generation der Anti-Hitler-Opposition, etwa bei Carl Goerdeler und Ludwig Beck, waren die Kreisauer bereits von der über die monarchische Epoche hinausgreifenden Erneuerungsbewegung ihrer Zeit geprägt worden. Mehrheitlich selbst nicht mehr Teilnehmer des Ersten Weltkriegs, wurden sie von der Erfahrung des Zusammenbruchs von 1918 und dann der Weltwirtschaftskrise seit 1929 bestimmt. Diese Generation stand bereits in deutlicher Distanz zur überkommenen bürgerlich-liberalen Welt, und sie war auch zunehmend enttäuscht von der autoritätslosen, parteienstaatlichen Weimarer Republik.

Indes unterschied sich gerade auch die „aristokratische“ Gruppe der Moltke, Yorck, Einsiedel und Trotha von den Altkonservativen, die sich etwa um den Reichspräsidenten von Hindenburg versammelt hatten und schließlich in Franz von Papens Kabinett der Barone ihre Repräsentation fanden. Schon vor 1933 hatte man sie als die „roten Grafen“ apostrophiert, deren soziale Fortschrittlichkeit die eigenen Standesinteressen hinter die gesamtgesellschaftlichen Reformnotwendigkeiten zurückstellte, wie sie später in den Kreisauer Überlegungen zur Boden- und Agrarreform ihren Niederschlag fanden. Besonders unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise ab 1930 standen sie auch dem liberalen Kapitalismus nicht mehr unkritisch gegenüber.

Ihre wohl entscheidende Prägung hatten die jungen schlesischen Aristokraten schon in den zwanziger Jahren in der „Schlesischen Jungmannschaft“ gefunden, einem Zweig der bündischen Jugendbewegung nach dem Krieg mit ihrem Willen zur geistig-gesellschaftlichen Erneuerung im Zeichen der Überwindung des Klassenkampfes und neuer Gemeinschaftsbildung<sup>5</sup>. Unter der Mentorschaft des Breslauer Soziologen Eugen Rosenstock-Huussy fanden sich seit 1928 im Boberhaus bei Löwenberg in Schlesien Studenten, Jungbauern und junge Arbeiter in sogenannten „Arbeitslagern“ zusammen, die sich in gemeinsamer körperlicher Arbeit etwa bei Flußregulierungen wie in der Seminararbeit als Keimzellen einer künftigen wahren „Volksgemeinschaft“ und als Pflanzstätten einer neuen staatlich-gesellschaftlichen Führungsschicht verstanden.

Nur vordergründig schien dieses Vokabular Gemeinsamkeiten mit der Hitler-Partei zu signalisieren. Tatsächlich war man in den Löwenberger Arbeitslagern überzeugt, der schwächliche Partei-

---

4 Zitiert in dem klassischen Erstling der zeithistorischen Literatur zu diesem Thema bei Hans Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung, Krefeld 1951, S. 140.

5 Vgl. G. van Roon, Neuordnung (Anm. 3), Teil I: Geistige Quellen des Kreises, S. 19ff.; ferner K. Hornung, Der Sozialkonservatismus (Anm. 1), S. 8ff.

enstaat sei nicht dadurch zu überwinden, daß eine Partei das politisch-ideologische Monopol zur Ausschaltung aller übrigen beanspruchte, sondern nur dadurch, daß die notwendige „Erneuerung“ aus tieferen ethischen und historischen Quellen schöpfte, von denen die Massenbewegung Hitlers nichts wissen wollte. Nicht ein bis zu totalitären Exzessen gesteigerter Machtpragmatismus konnte nach der Überzeugung der Schlesischen Jungmannschaft Erneuerung verbürgen, sondern nur eine vor allem christlich und humanistisch geprägte und die Einzelperson prägende neue ethische Verbindlichkeit. Das hier wirksame alt-neue politische und soziale Verantwortungsbewußtsein hatte schon der Vater Peter Graf Yorcks, Heinrich Graf Yorck, in dem Satz leitmotivisch zusammengefaßt: „Herrschaft ist Dienen (recht eigentlich politisches Luthertum), Eigentum ist nicht die Möglichkeit des Genusses (Comfort), nicht persönliche Macht, sondern höchstes Kulturgut, zu verwalten im Interesse der Allgemeinheit.“<sup>6</sup> Schon hundert Jahre zuvor hatte der enge Vertraute König Wilhelms IV. von Preußen, Ludwig von Gerlach, die Meinung vertreten: „Als bloßes Mittel des Genusses ist Besitz nicht heilig, sondern schmutzig. Gegen ein Eigentum ohne Pflichten hat der Kommunismus recht.“<sup>7</sup> Das nahmen jetzt die Urenkel erneut auf mit letztem Ernst.

In dem Maße, in dem die Abkömmlinge alter preußischer Geschlechter soziale Verantwortung nicht mehr als ständisches Privileg, sondern als sittliche Pflicht im Dienst an der Allgemeinheit neu rechtfertigten, in dem gleichen Maße wandten sich die besten Kräfte der jüngeren Generation in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften von der bisherigen Verengung des gesellschaftlichen Weltbildes auf den ökonomischen Materialismus und die Klassenkampfstrategie von Karl Marx ab. In der sogenannten Jungsozialistischen Bewegung wurde der bisherige marxistische Dogmatismus aufgebrochen durch eine neue Sicht der gesellschaftlichen Probleme; man begann hier die Bedeutung unverzichtbarer kultureller, religiöser und volkhafter Grundlagen von Staat und Gesellschaft neu zu erkennen, die Marx als bloßen „ideologischen Überbau“ abgetan hatte. Die Parallelen waren erstaunlich: Was bei den jungen schlesischen Aristokraten der Kreis im Löwenberger Boberhaus war, das fand in der jüngeren sozialdemokratischen Generation seine Entsprechung im „Hofgeismarer Kreis“. Und wie dort geistige Mentoren

wie Eugen Rosenstock-Huessy hervortraten, so hier etwa der Staatslehrer Hermann Heller, der Theologe Paul Tillich oder der Nationalökonom Eduard Heimann. Schon seit den zwanziger Jahren fand hier eine geistige und politische Konvergenzbewegung von „links“ und „rechts“ statt, die eben diese Trennung mehr und mehr als überholt betrachtete, so daß ihr schließliches Zusammenreffen im Kreisauer Kreis unter den Ausnahmbedingungen des totalitären Leviathan und seines Krieges als geradezu providentiell erscheint.

---

### III. Die Neuordnungspläne

---

#### 1. Staatsordnung und Staatsaufbau

Schon vor diesem ideengeschichtlichen und biographischen Hintergrund war die Stoßrichtung der Kreisauer Überlegungen von Anfang an deutlich: Sie richtete sich gegen das Monopol der Macht in der Hand des totalitären Diktators und seines Einparteistaates. Wie den Dissidenten im kommunistischen Machtbereich seit den siebziger Jahren ging es auch den Kreisauern um die Wiederherstellung der „Bürgergesellschaft“ (civil society) mit ihrem natürlichen Pluralismus der Interessen und Weltanschauungen. Die Idee der Gerechtigkeit wurde immer wieder beschworen, also die Wiederherstellung der Menschen- und Minderheitenrechte, des Rechtsstaats und der Gewaltenteilung. Im Sinne „vertikaler Gewaltenteilung“ wurde dabei ein starker Akzent gelegt auf Subsidiarität und Föderalismus, auf einen neuen Staatsaufbau von den kleinen und überschaubaren Gemeinschaften aus, um den Gefahren der Vermassung und der von ihr ermöglichten Demagogie zu begegnen. Dabei griff man in Kreisau auch auf die Reichsreformpläne der Weimarer Zeit zurück, die sich gegen das Übergewicht Preußens richteten und sich schon damals für eine staatliche Neuordnung auf der Grundlage etwa gleich starker Länder mit etwa je drei bis fünf Millionen Bewohnern aussprachen<sup>8</sup>.

In wichtigen Punkten hat später der Parlamentarische Rat an diese Überlegungen angeknüpft, ohne ausdrücklich Bezug auf Kreisau zu nehmen. Doch bestanden auch wesentliche Unterschiede zwischen der späteren Bundesrepublik Deutschland und ihrem Grundgesetz und den Kreisauer Plänen:

6 Zitiert bei G. van Roon, Neuordnung (Anm. 3), S. 77.

7 Zitiert bei Hans-Joachim Schoeps, Die preußischen Konservativen, in: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.), Rekonstruktion des Konservatismus, Freiburg 1972, S. 186f.

8 Vgl. G. van Roon, Neuordnung (Anm. 3), S. 390ff. Die Konzepte gingen dabei noch vom Verbleib Österreichs, der Sudetengebiete und Böhmens bei Deutschland aus.



- Die Kreisauer waren auf Grund der Weimarer Erfahrungen sehr kritisch gegenüber den Parteien. Ihre Verfassungspläne liefen auf eine Art parteiloser, subsidiär-föderativ aufgebauter Demokratie hinaus mit einem stufenweisen Staatsaufbau von den Gemeinden und Kreisen über die Länder bis zum „Reich“. Hier sollten die übergeordneten Organe aus Wahlen durch die jeweils kleineren Repräsentativorgane, also in indirekter Weise hervorgehen. Hier war zweifellos eine „konservative“ Skepsis gegen den „Parteihader“ auf Kosten des Gemeinwohls wirksam, und dabei spielten etwa die Gedanken der Selbstverwaltung des Freiherrn vom Stein eine wichtige Rolle; man berief sich ganz bewußt auf diese „deutsche“ Tradition.
- Konservative Skepsis war in den Kreisauer Entwürfen gegenüber dem Egalitarismus des allgemeinen Wahlrechts spürbar. Die Kreisauer standen noch unter dem unmittelbaren Eindruck der verhängnisvollen Wirkungen des Verhältniswahlrechts der Weimarer Republik wie auch einer radikaldemokratisch-plebiszitären Dogmatik, denen sie wesentliche Mitschuld an der Instabilität der ersten Republik und am Aufstieg der Nationalsozialisten zuschrieben. Ihre Reaktion darauf bestand nicht in der Rückkehr zu einem überholten Standes- oder Klassenwahlrecht, wohl aber in Korrekturen des allgemeinen Wahlrechts durch indirekte Wahlverfahren und durch die – interessante – Überlegung, zum Beispiel ein Mehrfachstimmrecht für Familienväter entsprechend ihrer Kinderzahl vorzusehen; auch dies Ausdruck des Denkens in der Verantwortlichkeit der Generationen anstelle individualistischer „Selbstverwirklichung“, wie sie in unserer Gegenwart aktuell geworden ist, aber auch dementsprechend kritisiert wird.
- Abgerundet wurde dieses „konservative“ Programm schließlich durch eine deutliche Betonung der Staatsautorität in Fortsetzung der Weimarer „Präsidialdemokratie“ mit jeweils starken Stellungen des „Reichsverwesers“ und der „Landesverweser“.

Man wird hinzufügen müssen, daß das natürlich alles Pläne waren, um einem extremen Ausnahmefall – Zusammenbruch und totale Niederlage – einigermaßen gewachsen zu sein und ein politisches Vakuum in Deutschland, Chaos und Anarchie soweit als möglich zu verhindern. Insofern handelte es sich sicherlich um Pläne für eine Übergangszeit, deren weitere Entwicklung nur

schwer vorauszusehen war. Wenn die Dinge nach Kriegsende auch nur einigermaßen „normal“ liefen, hätte sich schließlich auch von den Kreisauer Ausgangspunkten her mit großer Wahrscheinlichkeit eine parteienstaatlich-parlamentarische Demokratie mit starken rechtsstaatlichen und föderalistischen Elementen entwickelt, wie sie dann im Bonner Grundgesetz auch tatsächlich zustande kam. Die Kreisauer machten sich keine Illusionen darüber, daß gegebenenfalls auch die schlechteste aller Lösungen, die totale Besetzung des deutschen Staatsgebiets durch die Sieger und deren Übernahme der Regierungsgewalt, eintreten konnte, wie es dann tatsächlich der Fall war. Ohne den gewaltsamen Tod der Mehrheit der deutschen Oppositionellen gegen Hitler durch dessen Schergen wäre jedoch das personelle Angebot für Führungspositionen hinsichtlich des Wiederaufbaus deutscher Staatlichkeit nach dem Krieg wesentlich breiter und dichter gewesen.

## 2. Wirtschaftsordnung und Gesellschaftspolitik

Nach übereinstimmender Auffassung sowohl der „konservativen“ wie der „sozialistischen“ Mitglieder des Kreisauer Kreises hatte die liberale Gesellschaftsordnung versagt, als sie der Überwältigung durch den nationalsozialistischen Totalitarismus anheimfiel. Das hatte Konsequenzen: „Freiheit“ wurde im Kreisauer Kreis als „Vorleistung“ an den einzelnen begriffen, der zu entsprechender „Gegenleistung“ verpflichtet sei im Sinne einer „Neubelebung des Gemeingeistes und Bürgersinns“, wie man den Freiherrn vom Stein zitierte. Liberaler Individualismus und totalitärer Kollektivismus standen zueinander in einer fatalen Dialektik. Gerade auch in den wirtschaftspolitischen Neuordnungsplänen war man sich deshalb darin einig, daß die Ökonomie niemals Selbstzweck sein dürfe, sondern nur in einer „verantwortlichen Gesellschaft“ gedeihen könne. Dabei wurde sowohl die Kritik des liberalen Kapitalismus in der katholischen Soziallehre mit ihrer Betonung der Doppelseite des Eigentums, das sowohl dem Eigenwohl wie dem Gemeinwohl zu dienen habe, wirksam, wie auch die der jüngeren protestantisch-lutherischen Sozialethik auf der Grundlage einer Theologie der „Schöpfungsordnungen“ und eines Verständnisses von „Gerechtigkeit“ ohne liberalistische Verkürzung. Auf katholischer Seite sind dabei die Beiträge des Jesuitenpaters Heinrich Pesch und seines „Solidarismus“ zu nennen, auf protestantischer Seite etwa Emil Brunner und der akademische Lehrer Gerstenmaiers in Rostock, Friedrich Brunstäd. Hinzu kamen Einflüsse aus der Jugendbewegung mit ihrer Forderung des

gemeinwohlverpflichteten Eigentums bis hin zu Bodenreform und genossenschaftlicher Gestaltung des Wirtschaftslebens.

Gegenüber „liberaler Unordnung“ und „nationalsozialistischer Zwangsordnung“ vertraten die Kreisauer eine solidarische Ordnung in Wirtschaft und Gesellschaft mit der Person im Mittelpunkt. Freiheit wurde auf jeden Fall nicht als individualistische Ungebundenheit, sondern als Raum für die Erfüllung von Pflichten begriffen. Dabei wurden sowohl genossenschaftliche Ideen aus der deutschen sozialkonservativen Tradition wirksam, wie etwa Forderungen der Mitbestimmung der Arbeiter in den Betrieben und der Konsumenten im Wirtschaftsprozess, als auch staatssozialistische Impulse aus der Tradition von Rodbertus, Adolf Wagner oder Ferdinand Lassalle – jedenfalls Positionen, auf denen sich sozial aufgeschlossene Konservative wie undogmatische Sozialisten leicht finden konnten. Besonders der Ökonom des Kreises, Horst von Einsiedel, bezog sich auf Anregungen Wichard von Moellendorffs nach 1918, wonach die volklich-staatliche Gemeinschaft das Recht und die Pflicht habe, die Zwecke der Wirtschaft zu setzen und den individuellen Erwerbstrieb zu „bändigen“.

Die Debatten des Kreises waren gerade an diesem Punkt aber nicht ohne Kontroverse – ging es doch darum, die Quellen persönlicher Initiative nicht durch überzogenen staatlichen Dirigismus zu verschütten. Der hier vertretene „personalistische Sozialismus“<sup>9</sup> stellte eine Synthese, in der praktischen Folgerung sicher auch ein Programm von Kompromissen dar: Staatlich organisierte Gemeinwirtschaft und ein differenziertes System von Selbstverwaltungskörperschaften in der Wirtschaft sollten in eine die persönliche Freiheit und Initiative nicht schädigende Balance gebracht werden. Die Selbstverwaltungsidee spielte dabei nicht zuletzt bei der Mitbestimmung der Arbeitnehmer eine wesentliche Rolle, die sich vor allem in den „Betriebsgemeinschaften“ realisieren sollte, während der Kreis gegenüber der Idee einer umfassenden zentralen Gewerkschaftsorganisation ebenso zurückhaltend blieb wie gegenüber den politischen Parteien, die er beide als „unorganische“ Monopolgebilde der Massengesellschaft bewertete.

Das Ergebnis waren Denkschriften zu den anstehenden „Gestaltungsaufgaben in der Wirtschaft“, die vor allem von Einsiedel und Trotha vorgelegt

<sup>9</sup> Günter Schmolders, *Personalistischer Sozialismus. Die Wirtschaftskonzeption des Kreisauer Kreises*, Reihe Demokratische Existenz heute, Bd. 17, Köln-Opladen 1969.

wurden<sup>10</sup>. Die zentrale Kompromißformel lautete dabei: „Geordneter Leistungswettbewerb im Rahmen staatlicher Wirtschaftsführung“, die jedoch die „Eigenkräfte der Wirtschaft“ nicht ausschalten sollte. Wettbewerbsfreiheit sollte nicht mit Ungebundenheit verwechselt werden, und der Staat durfte sich zum Beispiel seiner Verantwortung für die Vollbeschäftigung nicht entziehen. Eine „straffe Wirtschaftsführung des Staates“ sollte sich nach Einsiedels und Trothas Auffassung nicht zuletzt konkretisieren in der Überführung der Schlüsselunternehmen des Bergbaus, der Eisen- und metallschaffenden Industrie, der Grundstoffchemie und der Energiewirtschaft in das Eigentum der öffentlichen Hand. Andere Wirtschaftssachverständige des Kreises wie Günter Schmolders skizzierten ein Nebeneinander von öffentlichem und Wettbewerbssektor in der Wirtschaft. Übereinstimmung herrschte darin, daß dem Staat um so mehr eine starke Rolle zukommen sollte, als nach der zu erwartenden Niederlage eine aus den Fugen geratene Gesellschaft neu geordnet werden mußte. Ganz unbefangen sprachen sich vor allem Einsiedel und Trotha für eine staatliche Industriepolitik aus, und das auch deshalb, weil der umfangreiche staatswirtschaftliche Sektor der Nationalsozialisten beim Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft nicht von heute auf morgen beseitigt werden konnte<sup>11</sup>.

Andererseits gehörten die Großbetriebe nicht zu den Wunschvorstellungen des Kreises, dessen Grundhaltung von einem tiefen Mißtrauen gegenüber jeder zentralistischen Machtballung in Wirtschaft und Politik bestimmt wurde, so daß die Debatte innerhalb des Kreises auch eine aktive staatliche Raumordnungspolitik forderte mit dem Auftrag einer Reduzierung und Entflechtung der Ballungsgebiete – ein deutliches Element des aus der Jugendbewegung überkommenen Denkens. Zu den wichtigen künftigen Staatsaufgaben sollte daher auch eine wirksame Kartellpolitik und Kontrolle wirtschaftlicher Monopole gehören, ein Programmpunkt, wie er auch in die Fundamente von Ludwig Erhards sozialer Marktwirtschaft einging, die freilich seit den siebziger Jahren dann zunehmend aufgeweicht wurden. Da nicht wenige der Kreisauer selbst beruflich in entsprechenden Verwaltungen tätig waren, erschien ihnen auch eine aktive Lohn- und Preispolitik ebenso selbstver-

<sup>10</sup> Abgedruckt im Dokumentenanhang bei G. van Roon, *Neuordnung* (Anm. 3), S. 523ff., dazu die Kommentierung von Roons ebd., S. 409ff.

<sup>11</sup> Die Kreisauer Pläne sind hier auch von einiger Bedeutung für die Reformbemühungen in den heutigen Staaten der GUS und der postkommunistischen osteuropäischen Staaten.

ständig wie eine staatliche Finanz- und Kreditpolitik, was schon durch eine zu erwartende Währungsreform nach dem Krieg vorgezeichnet erschien.

### 3. Kulturpolitik

Kultur und Kulturpolitik besaßen im Kreisauer Kreis einen grundsätzlich hohen Stellenwert. Besonders Moltke und Yorck erörterten zum Beispiel das künftige Verhältnis zwischen Kirche und Staat und waren bereit, dabei neue Wege zu beschreiten, die vom überkommenen preußisch-deutschen Staatskirchentum im Zeichen der Symbiose von „Thron und Altar“ wegführen sollten. Auch die Kirchen sollten künftig keinen Monopol- und Zwangscharakter mehr besitzen, sondern sich auf ihre wesenseigenen zentralen Aufgaben von Sakrament und Gebet konzentrieren. Andererseits mußte der künftige freiheitliche Staat den Kirchen einen Freiraum ihres Wirkens sichern. Je weniger die Kirchen in der künftigen Staats- und Gesellschaftsordnung einen staatskirchlichen Monopolcharakter aufwiesen, desto eher konnten sie darauf hoffen, in evangelischer Freiheit das öffentliche Leben wieder christlich zu durchdringen. Spannungen zwischen eher humanistisch-säkularisierten und kirchlichen Positionen waren dabei innerhalb des Kreises nicht zu verkennen, wo etwa Moltke eher die ersteren, Yorck und Gerstenmaier mehr die letzteren vertraten. In der Frage der Schulformen einigte man sich auf den Kompromiß der „christlichen Gemeinschaftsschule“ unter Abschaffung der Bekenntnisschulen.

Origineller waren die Konzepte für den Bereich der Hochschulen und Universitäten. Hier herrschte Übereinstimmung, daß man seit langem den Wert der Wissensbildung überschätzt hatte. Schon der langjährige preußische Kultusminister Carl Heinrich Becker hatte den Zusammenhang zwischen dem modernen Spezialistentum und den Gefahren der Vermassung erkannt und die erzieherischen, normativen Momente in Leben und Arbeit der Hochschulen betont. Aus dieser Tradition kamen etwa der Pädagoge Adolf Reichwein und der Jurist Hans Peters. In einem entsprechenden hochschulpolitischen Kompromiß unterschieden die Kreisauer Pläne deshalb zwischen vor allem ausbildungsbezogenen Hochschulen und den künftigen „Reichsuniversitäten“ mit den Schwerpunkten der Forschung und der Persönlichkeitsbildung. Vor allem hier sollte eine zeitgemäße Erneuerung der Bildungs- und Persönlichkeitsideale Wilhelm von Humboldts möglich werden, ohne die Bildungsprivilegien der bürgerlichen Gesellschaft zu erneuern. An den Reichsuniversitäten sollten nicht

zuletzt die „leitenden Träger des öffentlichen Dienstes“ herangebildet werden; diese Universitäten sollten Institutionen des „Wissens und Gewissens des Staates“ sein, elitäre Pflanzstätten, auf die auch und gerade die moderne demokratische Gesellschaft nicht verzichten konnte. Dabei spielten nicht zuletzt die Modelle der angelsächsischen Colleges und der Landerziehungsheime der deutschen Reformpädagogik, etwa Schulpfortas oder Salems, eine wesentliche Rolle.

In der Tradition des Nationalliberalismus Carl Heinrich Beckers sollte die Kulturpolitik nicht nur der geistigen Überwindung des Nationalsozialismus dienen, sondern auch dem noch keineswegs abgeschlossenen Prozeß der deutschen kulturellen Einheitsbildung. Zwar sollte der Staat auch in der Kulturpolitik die Aufsicht ausüben, andererseits ihren verschiedenartigen Kräften und Ausdrucksformen so viel Freiraum wie möglich lassen. Auch im kulturellen Leben sollte möglichst die Selbstverwaltung an die Stelle von ideologischer Bevormundung und Gängelung treten. Konkret wurde zum Beispiel der Vorschlag von selbstverwaltenden Beiräten für den Rundfunk anstelle des bisherigen Staatsrundfunks gemacht; in gewisser Weise ein Vorläufer des späteren öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems in der Bundesrepublik. Darüber hinaus war es für die Kreisauer selbstverständlich, daß gerade die Kultur kein wertfreier Raum sein durfte, sondern letztlich gebunden bleiben mußte an transzendent-religiöse Werte.

### 4. Außenpolitik

Auch hinsichtlich der Situation der Deutschen und ihres Staates in der internationalen Staatengemeinschaft zog der Kreisauer Kreis aus der imperialistischen Hybris des Hitler-Regimes eindeutige Folgerungen. Vorrangig war hier die Überwindung des übersteigerten Nationalismus als wesentlicher Ursache von zwei Weltkriegen. Als Ziel formulierten die Kreisauer einen europäischen Bundesstaat mit den entsprechenden wirtschaftlichen Verflechtungen. Schon durch das Übergewicht der ostdeutschen Mitglieder stand dabei die Lösung der osteuropäischen Minderheitenprobleme – besonders im Blick auf Polen und die Sudetendeutschen – voran. Hier knüpften die entsprechenden Überlegungen an die Konzepte der Zwischenkriegszeit für Minderheitenschutz durch *personale* statt durch *territoriale* Autonomie an, da letztere immer wieder zu Irredenta und Territorialkonflikten geführt hatte. Das Rückgrat der neuen europäischen Ordnung sollte aus der deutsch-französischen und der deutsch-polnischen Verständigung hervorgehen.

Großbritannien wurde nach wie vor eher als eine außereuropäische Macht in seiner Bindung an das Empire gesehen; als europäische Ostgrenze wurde die polnisch-sowjetrussische Grenze betrachtet. Mit Rußland – der Begriff „Sowjetunion“ wurde im Kreis kaum gebraucht – wurde für die Zeit nach dem Krieg eine enge Zusammenarbeit gewünscht. Die Frage der Ost- oder West-Orientierung Deutschlands spielte natürlich auch in den Kreisauer Debatten eine Rolle. Galt etwa James Graf von Moltke als vor allem nach Westen und auf die Angelsachsen hin orientiert, so Adam Trott zu Solz oder Claus Graf Schenk von Stauffenberg als stärker ost-orientiert, auch wenn Interpretationen bestimmter Äußerungen nicht sogleich mit „Rapallo“ oder „Taugoggen“ identifiziert werden sollten. Da einige der Mitglieder aufgrund ihrer Reisen und internationalen Kontakte eine gute Weltkenntnis besaßen, vermuteten sie, daß von den Vereinigten Staaten in der Nachkriegsordnung eine überragende Rolle zu erwarten war. Im Blick auf die östliche Macht bemühte man sich darum, die dortigen Völker und auch die Russen nicht mit dem sowjetischen Regime gleichzusetzen. Anfangs mochten manche Kreisauer noch die Hoffnung teilen, die antibolschewistischen Kräfte in Rußland gegen den sowjetischen Totalitarismus als Bundesgenossen gewinnen zu können – eine Hoffnung, die allzubald von der Hybris des NS-Imperialismus zunichte gemacht wurde.

Die europäische Neuordnung sollte nach den Kreisauer Vorstellungen nur Teil und Vorstufe einer neuen internationalen Ordnung werden, geprägt von der gleichberechtigten Zusammenarbeit der Nationen, auch sie sollte unter der Priorität des Gesetzes und der Moral stehen mit dem Auftrag, die unberechenbaren Dämonien moderner Massengesellschaften und brutaler ideologischer Machtpolitik zu zügeln.

---

#### IV. Kreisauer Einflüsse in der Wiederaufbauzeit nach dem Zweiten Weltkrieg

---

Der Kern, ja die große Mehrheit der Mitglieder des Kreisauer Kreises war nach dem 20. Juli 1944 von Hitler, Freisler und der Gestapo brutal ausgerottet worden. Es gab aber Überlebende. Zu ihnen zählte Eugen Gerstenmaier, der zum langjährigen Bundestagspräsidenten während der Kanzlerzeit Konrad Adenauers aufstieg und zeitweilig so etwas

wie der theoretisch-intellektuelle Denker der CDU wurde. Hans Lukaschek wurde der erste Bundesvertriebenenminister mit Einfluß auf die Lastenausgleichsgesetzgebung und die politisch wie sozial wichtige Integration von über zwölf Millionen Vertriebenen in Westdeutschland. Theodor Steltzer wurde der erste Ministerpräsident Schleswig-Holsteins, Günther Schmolders und Otto-Heinrich von der Gablentz trugen Kreisauer Gedankengut in die wissenschaftliche Nachkriegswelt.

Einen wichtigen Niederschlag fanden die Kreisauer Neuordnungs-Pläne im Ahlener Programm der CDU der britischen Besatzungszone. Hier war vor allem Jakob Kaiser – kein Kreisauer im engeren Sinn, aber aus der Gewerkschaftsbewegung kommender Mann des Berliner Widerstands – der Vermittler. Er ging davon aus, „daß das Zeitalter liberalistischer, kapitalistischer Ordnungen hinter uns liegt“ und der „Ausgleich zwischen Sozialismus und Freiheit“ zur zentralen Gestaltungsaufgabe des Neubeginns werde<sup>12</sup>. Sein christlicher Sozialismus betonte in der Abwehr des dogmatisch-totalitären Marxismus die politische und persönliche Freiheit. Der von ihm zeitweilig propagierte „dritte Weg“ zwischen Sowjetsystem und westlichem Kapitalismus schloß die Sozialisierung von Schlüsselindustrien ein, und mit diesem innen- und wirtschaftspolitischen Programm verband sich sein außenpolitisches „Brücken-Konzept“ zwischen Ost und West.

Das Ahlener Programm schloß sich bis in Einzelformulierungen hinein an christlich-soziale und sozialkonservative Ideen im Sinn des Kreisauer Kreises an, so etwa, wenn es die „gemeinwirtschaftliche Ordnung“ als Alternative zu Monopolunternehmen und als „machtverteilendes Prinzip“ der Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft verstand<sup>13</sup>. Andererseits sprach es sich für die „Vergesellschaftung“ des Kohlebergbaus und der „eisenschaffenden Großindustrie“ sowie für die gesetzliche Kontrolle des Geld-, Banken- und Versicherungswesens aus. Kreisauer Ideen waren auch in der Ahlener Forderung wirksam, die Arbeitnehmer und Betriebsangehörigen in die Aufsichtsräte der Großbetriebe aufzunehmen. Diese Wirkungen reichten bis zum Betriebsverfassungsgesetz und zur Mitbestimmung bei Kohle und Stahl – den Säulen der sozialen Marktwirtschaft von 1952 – und bis zur großen Rentenreform von 1957 mit

12 Werner Conze, Jakob Kaiser – Politiker zwischen Ost und West 1945–1949, Stuttgart 1969, S. 39f., S. 62f.

13 Zitiert bei Heino Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971, S. 72f.

ihrem „sozialkonservativen“ Generationenvertrag. Ideenpolitische Querverbindungen verliefen auch über die Nationalökonomien der Freiburger Schule wie Walter Eucken, Constantin von Dietze oder über Alfred Müller-Armack.

Die nachfolgende Entwicklung der sozialen Marktwirtschaft nach dem Ausscheiden Ludwig Erhards hätte indes kaum die Kreisauer Billigung gefunden angesichts einer sozialetisch zweifelhaften Wachstumsideologie und eines das mittelständische Unternehmertum zunehmend überrollenden ökonomischen Konzentrationsprozesses. Hier hätten sie die Schwäche der zu wenig ausgeprägten sittlichen Faktoren und darauf gegründeter staatlicher Verantwortung kritisiert. Die paradoxe Mischung aus staatlichem Autoritätsschwund und gleichzeitiger versorgungsstaatlicher Allzuständigkeit sowie die daraus entsprungene „seltsame Mixtur von Libertinage und tabuisierten Zonen“<sup>14</sup> war vollends jenseits dessen, was sich die Kreisauer für die weitere Nachkriegszeit wünschen und vorstellen konnten. Auch ihre Distanz zum übermächtigen Parteienstaat hätten sie im Blick auf diese Entwicklung bestätigt gefunden.

---

## V. Das Kreisauer Vermächtnis in der heutigen Krise der Industrie- und Konsumgesellschaft

---

Es war nicht zufällig ein einstiges Mitglied des Kreisauer Kreises, nämlich der Kölner Finanzwissenschaftler Günter Schmolders, der den Wandel vom legitimen Sozialstaat zum demagogischen „Wohltatenstaat“ beklagte und analysierte<sup>15</sup>: den tiefgreifenden Mißbrauch des Sozialstaatsprinzips mit seinen Wucherungen von der Hilfe für die wirklich Bedürftigen hin zur Realisierung prinzipiell grenzenloser Ansprüche der vielen, wenn nicht aller – eine Fehlsteuerung, welche die Grundlagen der sozialen Sicherungssysteme in der Leistungskraft der Volkswirtschaft und in den ethischen wie politisch-ökonomischen Voraussetzungen des sozialstaatlich organisierten Gemeinwesens aus dem Blick verlieren mußte. Demgegenüber macht uns das Kreisauer Vermächtnis gerade auf die unverzichtbaren sittlichen, kulturellen und politischen Grundlagen der freiheit-

lichen und sozialmarktwirtschaftlichen Ordnung aufmerksam. Es verdient deshalb gerade in der aktuellen Krise des Versorgungsstaates neue Aufmerksamkeit.

Dieses Vermächtnis weist uns mit großem Ernst darauf hin, daß die Schleusenöffnung der „Staatswohlthaten“ und die entsprechende, leichtfertigermissive Haushaltspolitik mit ihrer „Lastenverteilung in die Zukunft“ auf Kosten der kommenden Generationen eine säkulare Sackgasse darstellen, die in Katastrophen münden muß. Während weiterhin der Separatismus der Partikularinteressen wächst und die Menschen mit ihrer „Einschenkerwartung dem Staat in anspruchsvoller Gleichgültigkeit gegenüberstehen“<sup>16</sup>, macht uns das Kreisauer Vermächtnis darauf aufmerksam, wie überlebensnotwendig die geschichtlichen Herkunftskräfte und die gemeinwohlorientierte Einsicht in die Zukunftserfordernisse für die Ausbildung von Bürgersinn und den politischen Konsens des Gemeinwesens sind. Unter der unmittelbaren Erfahrung der totalitären Diktatur war den Kreisauern eindringlich bewußt, wie leicht der einzelne durch das sozialmessianische Versprechen einer ungebändigten Emanzipation unter die Herrschaft totalitärer Avantgarden gebeugt werden kann. Inzwischen ist noch die Erfahrung hinzugetreten, daß auch und gerade das emanzipatorische Sozialstaatsverständnis leicht zum „demokratischen Despotismus“ versorgungsstaatlicher Betreuungsapparaturen pervertiert werden kann<sup>17</sup>.

Der Kreisauer Kreis und sein gesellschaftspolitisches Vermächtnis machen uns deutlich, daß ohne das Ethos der Sozialstaats-Bürger kein Staat zu machen und Freiheit nicht zu bewahren ist. Es ist ein Ethos freiheitlicher und politischer Tugenden wie Anstrengung, Beharrlichkeit, Zivilcourage, bürgerlicher Mut, Solidarität und des Denkens in der Kette der Generationen und an das Ganze. Gegen individualistisches und gruppenegoistisches Denken und Handeln setzten die Kreisauer ein langfristiges und geschichtliches, gesamtpoliti-

---

16 Hartwig Bülck, Abhängigkeit und Selbständigkeit der Verwaltung, in: F. Morstein Marx (Hrsg.), Verwaltung – Eine einführende Darstellung, Berlin 1956, S. 60f.

17 Vgl. K. Hornung, Der Sozialkonservatismus (Anm. 1), S. 12f., sowie Manfred Spieker, Legitimitätsprobleme des Sozialstaats, Bern-Stuttgart 1986, bes. S. 22ff. Spieker unterscheidet die drei Typen des souveränitätsorientierten, emanzipatorischen und subsidiären Sozialstaats. Die Kreisauer Positionen wird man zwischen dem ersteren und dem letzteren Typus einordnen können, während der emanzipatorische Sozialstaat der Anthropologie des menschlichen „Bedürfniswesens“ und seiner „Selbstverwirklichung“ entspricht und von ihr geprägt wird.

14 Bruno Bandulet, Die Rückseite des Wunders. Deutschland und seine Tabus, München 1990, S. 12f.

15 Vgl. Günter Schmolders, Der Wohlfahrtsstaat am Ende? Adam Riese schlägt zurück, München 1983.

ches und solidarische Ethos – gleichermaßen in der Abwehr hedonistischer Selbstverwirklichung wie totalitärer Überwältigung und gerichtet auf die Mehrung unseres humanen und kulturellen Erbes.

Das sozialkonservative und freiheitlich-soziale Denken des Kreisauer Kreises wußte nicht zuletzt um den hohen Rang und die Unverzichtbarkeit der religiösen und metaphysischen Bindungen der

Menschen für die Legitimität und Stabilität eines freiheitlichen Gemeinwesens. Wollen wir dieses freiheitliche Gemeinwesen für die Zukunft sichern, seiner Selbstzerstörung durch versorgungsstaatliche Überforderung und seiner Bedrohung durch ideologische Verführungen verschiedenster Provenienz wehren, dann sind wir gut beraten, uns gerade in diesen Tagen wieder der Ideen und Anregungen aus diesem Widerstandskreis zu vergewissern.

# Das sozialistische Exil und der 20. Juli 1944

## Die Wahrnehmung des Attentats auf Hitler durch die Sopade und die Gruppe Neu Beginnen

---

### I. Sozialistischer Widerstand aus dem Exil

---

Das von dem Oberst i. G. Claus Graf Schenk von Stauffenberg ausgeführte Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 in dem von der Öffentlichkeit abgeriegelten Hauptquartier „Wolfschanze“ in Ostpreußen war mehr als alle vorangegangenen Widerstands- und Oppositionsformen geeignet, ein unübersehbares Zeichen des „anderen Deutschland“ zu setzen. Obwohl der Versuch, Hitler zu töten, von Militärs ausgeführt wurde, sammelte sich im weiteren Umfeld des Staatsstreichs fast das gesamte Spektrum deutscher Hitler-Gegner<sup>1</sup>. Neben Militärs, Nationalkonservativen, Christen, Adligen, Liberalen, Bürgerlichen unterschiedlichster Couleur und selbst Nationalsozialisten trafen sich hier auch Angehörige der zu diesem Zeitpunkt nur noch sehr eingeschränkt agierenden ehemaligen Arbeiterbewegung. Zu ihnen gehörten Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten und Angehörige sozialistischer Gruppen.

So sind insbesondere die Verbindungen zum militärischen Widerstand durch die zum rechten Flügel der Weimarer SPD zählenden Funktionäre Theodor Haubach, Wilhelm Leuschner und Julius Leber bekannt. Julius Leber war als Innenminister, Wilhelm Leuschner als Vizekanzler im Kabinett von Carl Friedrich Goerdeler vorgesehen. Weniger bekannt ist, daß auch Kontakte der linkssozialistischen Gruppe Neu Beginnen mit den Verschwörern des 20. Juli stattfanden. Dieser Zusammenschluß war 1929 als „Leninistische Organisation“ auf Initiative des Berliner Sozialisten und SPD-Mitglieds Walter Loewenheim (Ps. „Miles“) entstanden, um konspirativ auf eine Einheitsfront zwischen Kommunisten und Sozialdemokratie hinzuwirken und hatte sich schließlich im August 1933

nach der von Loewenheim verfaßten Programmschrift „Neu Beginnen“<sup>2</sup> benannt. Nachweisbar ist beispielsweise die Verbindung des prominenten Neu-Beginnen-Funktionärs Karl Frank, der unter anderem unter dem Pseudonym Paul Hagen arbeitete, zu dem aus dem nationalkonservativen Lager des Kreisauer Kreises stammenden Adam von Trott zu Solz, der durch seine Tätigkeit im Auswärtigen Amt die für einen erfolgreichen deutschen Widerstand unerläßlichen internationalen Verbindungen herzustellen suchte<sup>3</sup>.

Anders als der auf breiter Basis angelegte und stark auf Außenwirkung bedachte kommunistische Widerstand, der nicht zuletzt aus diesen Gründen etwa 1935 in seiner ursprünglichen organisierten Form weitgehend zerschlagen war, hatten sich die Sopade, wie sich der SPD-Parteivorstand seit dem Schritt in die Emigration im Mai 1933 nannte<sup>4</sup>, und die Gruppe Neu Beginnen bereits früh zu einer anderen, unspektakuläreren Art der illegalen Arbeit entschlossen. Trotz aller internen Konkurrenz war der Kern der Widerstandstätigkeit beider Gruppen gleich: Er bestand in einer kontinuierlichen Nachrichtensammlung und Berichterstattung über die Vorgänge im nationalsozialistischen Deutschland. Das Ziel war, durch möglichst genaue Beobachtung den Zeitpunkt zu ermitteln, an dem die Unruhe in der Bevölkerung, die Unzufriedenheit mit dem Regime das kritische Maß überschreiten würde. Geplant war, zu diesem Zeitpunkt einzugreifen und sich an die Spitze der entstehenden Volksbewegung zu stellen<sup>5</sup>.

2 Neu Beginnen! Faschismus oder Sozialismus, Als Diskussionsgrundlage der Sozialisten Deutschlands von Miles, in: Probleme des Sozialismus, Sozialdemokratische Schriftenreihe, Heft 2, Karlsbad (o. J.) (August 1933).

3 Vgl. Joachim Radkau, Die deutsche Emigration in den USA. Ihr Einfluß auf die amerikanische Europapolitik 1933–1945, Düsseldorf 1971, S. 178.

4 Sodemokratische Partei Deutschlands.

5 Es wird an dieser Stelle auf eine ausführliche Darstellung der Gruppenorganisationen, der Berichterstattung und der Widerstandskonzepte verzichtet. Ausführlich dazu Bernd Stöver, Volksgemeinschaft im Dritten Reich. Die Konsensbereitschaft der Deutschen aus der Sicht sozialistischer Exilberichte, Düsseldorf 1993, S. 55 ff. Des weiteren wird 1995 in

1 Vgl. dazu Jürgen Schmädeke u. a. (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München u. a. 1986<sup>2</sup>.

Für den mit der Erforschung der NS-Zeit beschäftigten Historiker ist dieses Widerstandskonzept der sozialistischen Gruppen ein Glücksfall. Aus ihm entstand eine ab 1933 und mit Einschränkungen bis 1945 durchgeführte Berichterstattung aus allen Bereichen der „Lebenswirklichkeit“ des „Dritten Reiches“. In ihrer Qualität und Quantität ist sie durchaus mit den schon früher von der Forschung herangezogenen Nachrichten der regimeinternen Institutionen, wie dem Sicherheitsdienst der SS (SD) und der Gestapo, vergleichbar. Insbesondere bietet sich ein paralleles Auswerten der Meldungen an, um ein Bild des nationalsozialistischen Deutschlands aus verschiedenen Blickwinkeln zu erhalten<sup>6</sup>. Es ist daher ebenso bedauerlich wie unverständlich, daß diese im Exil zusammengestellten Berichte über den Alltag des „Dritten Reiches“ – oft unter Lebensgefahr zusammengetragen und über die Grenzen geschmuggelt – erst spät und nur zu geringen Teilen veröffentlicht wurden.

Als fortlaufende Berichtsserien wurden von der Sopade ab April 1934 bis April 1940 aus dem tschechoslowakischen und französischen Exil die „Deutschland-Berichte“ herausgegeben. Als man 1940 Paris verlassen mußte, begann man von London aus, die „Sozialistischen Mitteilungen“ als Nachfolgepublikation aufzubauen. Sie stellten erst 1948 ihr Erscheinen ein. In London entstand in diesem Zusammenhang 1941 auch eine übergreifende „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ mit Teilen des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK), der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) und der Sektion von Neu Beginnen – ein Zusammenschluß, der im übrigen Exil nicht gelang.

Die Gruppe Neu Beginnen begann bereits im Dezember 1933 mit den „Berichten über die Lage in Deutschland“, die bis 1936 erschienen, ihre Nach-

den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte (VfZG) ein Aufsatz des Autors zum Deutschlandbild des sozialistischen Exils erscheinen. Zum Sopade-Widerstand und den Deutschland-Berichten vgl. auch: Michael Voges, Politische Opposition als Organisationsprozeß gesellschaftlicher Erfahrung. Zum Widerstandskonzept der Sopade im Dritten Reich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/84, S. 13–24, und ders., Klassenkampf in der „Betriebsgemeinschaft“. Die Deutschland-Berichte der Sopade (1934–1940) als Quelle zum Widerstand der Industriearbeiter im Dritten Reich, in: Werner Plum (Hrsg.), Die „Grünen Berichte“ der Sopade. Denkschrift für Erich Rinner (1902–1982), Bonn 1984, S. 201–298; Johannes Klotz, Die „Deutschland-Berichte“ der Sopade, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/86, S. 27–38. Zur Organisation, vor allem zu den inneren Auseinandersetzungen der Gruppe Neu Beginnen vgl. Kurt Kliem, Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe „Neu Beginnen“, Diss. (maschr.), Marburg 1957.

6 Vgl. B. Stöver (Anm. 5).

richtentätigkeit. Darüber hinaus wurden von ihr die „Nachrichten des Auslandsbüros“ (1935–1937), der „Sozialdemokratische Wochenbrief“ (1936/37), der „Sozialdemokratische Informationsbrief“ (1938/39), die „Innenbüro-Berichte“ (1938–1940), die „Deutschen Inlandsberichte“ (1936–1940) und die „Reports from Inside Germany“ (1940–1941) als fortlaufende Berichtsserien herausgegeben. Ab 1940 bis 1945 entstanden zudem im US-amerikanischen Exil unter dem maßgeblichen Einfluß von Neu-Beginnen-Repräsentanten wie Paul Hagen die „Inside Germany Reports“. Offizieller Träger dieser Zeitschrift waren die „American Friends of German Freedom“, ab 1944 die „American Association for a Democratic Germany“. Bedeutsam waren diese Organisationen, weil sich in ihrem Umkreis prominente Hitler-Gegner und einflußreiche amerikanische Persönlichkeiten trafen. So gehörten zum Sponsoring Committee unter anderem Thomas Mann und Paul Tillich.

Die nicht nur bei Neu Beginnen häufiger wechselnden Titel vermitteln einen gewissen Eindruck von den alltäglichen Schwierigkeiten, denen die Emigration gegenüberstand. Ständige Verfolgung durch deutsche Behörden auch im Ausland – so wurde zum Beispiel das Sopade-Büro in Prag überwacht, die Gestapo war sogar im Besitz eines detaillierten Grundrisses<sup>7</sup> – und häufige Finanzierungsprobleme, verursacht durch mangelnden Absatz und mangelnde Zahlungsmoral einiger Empfänger der Publikationen<sup>8</sup>, waren nur wenige der wiederkehrenden Probleme. Die Akten der Emigration, vor allem im Bonner Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) und im Amsterdamer Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, bieten hier einen ausführlichen Einblick.

---

## II. NS-Deutschland aus der Sicht sozialistischer Berichte

---

Die Berichterstattung beider Exilgruppen versuchte ein umfassendes Bild der „Volksmeinung“ zu ermitteln. Dafür wurden jeweils Modellschemata für die Berichterstattung an die im Inland ansässigen „Vertrauensleute“ verteilt<sup>9</sup>. Gleichzeitig gab man für „aktuelle Aufgaben“ be-

7 Der Grundriß aus dem Bestand des Geheimen Staatspolizeiamtes vom 4. 8. 1936 befindet sich im AdsD, Emigration Sopade/Mappe 3.

8 Vgl. z.B. Erich Rinner an Rudolf Hilferding am 16. 4. 1935; AdsD, Emigration Sopade, Mappe 102; AdsD, Rinner Korrespondenz (RK), Mappe 2.

9 Vgl. AdsD, Emigration Sopade/Mappe 7.



sondere Anweisungen heraus<sup>10</sup>. Versucht wurde, durch die Sammlung möglichst vieler, auch sich widersprechender Meinungen einen repräsentativen Querschnitt durch die Gesamtheit aller gegenüber Staat und Gesellschaft formulierten prinzipiellen und aktuellen Ansichten der „Volksgenossen“ zu erreichen<sup>11</sup>.

Aus den Berichtsschemata ist vor allem ablesbar, daß die Hoffnungen der Emigranten sich von Anfang an auf die Frage konzentrierten, wann politisch bewußter Widerstand und alltägliche Opposition das Regime stürzen würden. So interessierte den Parteivorstand der SPD im Rundschreiben an die Grenzsekretäre vom 18. April 1934 – also zu dem Zeitpunkt, als die „Deutschland-Berichte“ das erste Mal erschienen –, ob sich überhaupt illegales Material in den Betrieben befinde, wie sich die Auseinandersetzung der Kirchen mit dem Regime entwickle und ob in den staatlichen Institutionen Widerstand erkennbar sei<sup>12</sup>. Die Hoffnung des Exils stützte sich dabei einerseits stark auf das Verhalten der Arbeiter, speziell der Industriearbeiter. Diese wurden als „Avantgarde“ progressiver Tendenzen betrachtet. Andererseits galt ein Bündnis „der Arbeiter“ mit „dem Bürgertum“, zu dem auch das Offizierskorps gerechnet wurde, spätestens ab 1934 als aussichtsreichster Weg zur Beseitigung des „Dritten Reiches“. Insbesondere deswegen war man interessiert, „in welchem Grade . . . sich innerhalb der Wehrmacht eine wirkliche Opposition gegen das Regime bemerkbar“ mache<sup>13</sup>. Allerdings hielt man es gleichzeitig auch für notwendig, nach dem Umfang zu forschen, in dem dort „die geistige Beeinflussung durch die nationalsozialistische Propaganda“ fortschreite. Vor allem nach dem sogenannten „Röhm-Putsch“ am 30. Juni 1934, als nicht nur der SA-Chef Ernst Röhm und seine engsten Mitarbeiter ermordet wurden, sondern unter anderem auch die Reichwehrgeneräle Kurt von Schleicher und Ferdinand von Bredow, war die Frage nach dem Verhalten des Militärs gegenüber dem Nationalsozialismus von aktueller Brisanz und kehrte von nun an ständig in der Berichterstattung wieder.

In der Bewertung des „Röhm-Putsches“ waren sich die beiden sozialistischen Gruppen im Grunde einig gewesen. Insgesamt wurde sein Ausgang als Sieg der Reichswehr interpretiert, weil diese damit wieder „Träger und Kern des deutschen Machtstaates“

geworden sei<sup>14</sup>. Neu-Beginnen empfand es zwar als völlig „unsinnig“, wie die Sopade davon zu sprechen, Hitler sei erst „jetzt“ der Gefangene der Kapitalisten und vor allem der besterhaltenen Organisation der alten Gesellschaft, der Reichswehr, „geworden“<sup>15</sup>; im Kern stimmte man allerdings der Interpretation des Parteivorstandes zu. Als maßgeblich für die Zukunft wurde eingeschätzt, „daß die Reichswehrspitze kurz vor dem 30. Juni einen Frieden auf längere Zeit mit dem Regime geschlossen“ habe<sup>16</sup>.

Neue Diskussionen um dieses Thema gab es danach vor allem während der „Blomberg-Fritsch-Krise“ 1938, als durch die Entlassung des Reichskriegsministers von Blomberg und des Oberbefehlshabers des Heeres von Fritsch sowie die Schaffung des Oberkommandos der Wehrmacht unter dem Hitler völlig ergebnen Keitel eine auch nur potentiell selbständige Rolle des Militärs endgültig der Vergangenheit angehörte. Aus diesem Blickwinkel konstatierte die Sopade, Hitler habe im Prinzip schon seit seinem Hochverrats-Prozeß 1924 mehr oder weniger systematisch auf ein gutes Verhältnis zur Reichswehr hingearbeitet, auch wenn dies noch während der Weimarer Republik „nach Ort und Zeit von heimlicher Förderung bis zur offenen Gegnerschaft“ wechselte<sup>17</sup>. Grundsätzlich sei aber die Armee bereits in der Republik „Fortsetzer des vorrevolutionären und Keimzelle des Hitlerischen Machtstaates“ gewesen<sup>18</sup>. Die Neu-Beginnen-Informationsbriefe brachten nach dem Kriegsbeginn 1939 eine detaillierte Analyse, die sich im wesentlichen auch mit den Erkenntnissen der modernen Forschung deckt, wie führende kaiserliche Generäle als „Kerntruppe der inneren Konterrevolution und der geheimen Aufrüstung, . . . schon unmittelbar nach Kriegsende (des Ersten Weltkriegs, B. St.) den Gefreiten Hitler als ihren Vertrauensmann . . . unterstützt“ hätten<sup>19</sup>. Speziell 1935 sei dieser Prozeß der inneren Anbindung der Reichswehr an den NS-Staat durch die Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht verstärkt und eine „Versöhnung mit dem wilhelminischen Deutschland“ herbeigeführt worden<sup>20</sup>.

14 Deutschland-Berichte (DB) 1934 (Juni/Juli), S. 270.

15 NB-Lagebericht (NB-LB) 8 (Juni/Juli 1934), S. 2. Entsprechend hatte man sich in einem Brief an den Parteivorstand vom 2. 7. 1934 geäußert; vgl. Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (IISG), Collection Neu-Beginnen (CNB)/Mappe 1.

16 NB-LB 11 (Dez. 1934/Jan. 1935), S. 1.

17 DB 1938 (Jan.), S. 119.

18 DB 1935 (Jan.), S. 121.

19 Sozialdemokratischer Informationsbrief (SIB) 49 (Dez. 1939), S. 15. Dazu z. B. Joachim C. Fest, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt/M. u. a. 1973, S. 164 ff.

20 NB-LB 13 (April 1935), S. 2. Folgende Zitate ebd.

10 Vgl. AdsD, Emigration Sopade/Mappe 8.

11 Zu den Problemen der Berichterstellung, vor allem auch zum Wert der Meldungen als sozialhistorische Quelle vgl. B. Stöver (Anm. 5), S. 88 ff.

12 Vgl. Sopade, Grund-Schema für die Nachrichten-Beschaffung, 18. 4. 1934; AdsD, Emigration Sopade/Mappe 7.

13 Ebd.

Bis in die unteren Dienstgrade hinein registrierte man zu diesem Zeitpunkt „Erscheinungen einer starken ideologischen Faschisierung“<sup>21</sup>. Die im Exil vorhandenen Hoffnungen auf die Hilfe des Militärs waren damit schon 1935 sehr eingeschränkt. Sie bestanden grundsätzlich allerdings fort. Die Sopade jedenfalls hielt es Anfang 1938 für notwendig, darauf hinzuweisen, daß „die Vorstellung, die Reichswehr würde eines Tages Hitler davonjagen und ihre eigene Herrschaft ausrufen“, ein Wunschtraum vor allem jener Leute sei, die sich ein anderes Ende der Diktatur nicht vorstellen könnten<sup>22</sup>.

Die Motive für die starke Affinität der Wehrmacht zum Nationalsozialismus vermuteten die sozialistischen Gruppen in nationalen und grundsätzlichen praktischen Erwägungen. Die Armee, so die „Deutschland-Berichte“, sei insgesamt „Hitler und seiner Partei verbunden durch das, was diese für die Armee getan haben“<sup>23</sup>. Die Reichswehr habe eigentlich in der Koalition mit dem Nationalsozialismus „restlos alles durchgesetzt, was sie wollte und gebrauchte: eine Außenpolitik, die sie praktisch von den Fesseln des Versailler Vertrages befreite, eine nahezu unbegrenzte Finanzierung ihrer offenen und geheimen Rüstungen, eine Einflußnahme des Staates auf die wirtschaftlichen Organisationen, die die industrielle Rüstung erleichterte, eine außerordentlich starke Durchtränkung des Volkes mit nationalistischen und kriegerischen Ideen“<sup>24</sup>. So gut wie unter Hitler habe es der deutsche Militarismus noch nie gehabt, „weder unter Bismarck noch unter Wilhelm II.“, und damit werde verständlich, „daß sich seine Träger nicht nach irgendeinem System zurücksehnen, das mit der Kontrolle der Steuerzahler über die Verwendung ihrer Mittel verbunden ist“<sup>25</sup>. Neu Beginnen hatte bereits Anfang 1934 auf die Sympathien für Hitler hingewiesen, solange „dieser Deutschland weiter zu einem Laboratorium der Aufrüstungsaspirationen des Generalstabs macht“<sup>26</sup>.

Die Stimmung in der Wehrmacht entsprach nach Einschätzung des Exils dem Verhalten der Deutschen allgemein. Die im Militär beobachtete „Faschisierung“ glaubte man generell nachweisen zu können. Bereits Ende 1933 hatte Neu Beginnen

anlässlich der Reichstagswahl mit gleichzeitiger Volksabstimmung zum Austritt aus dem Völkerbund davor gewarnt, die öffentliche Zustimmung lediglich als Ausdruck von Terror und Zwang anzusehen. Man müsse sie im Gegenteil zumindest teilweise als Beleg für den „Einbruch faschistischer Ideologien in alle Klassen der deutschen Gesellschaft“ betrachten<sup>27</sup>.

Die folgenden Jahre hatten diese Einschätzung bestätigt. Das „Dritte Reich“ hatte sich als eine Gesellschaftsform erwiesen, die zumindest partiell die Konsensbereitschaft sehr großer Bevölkerungsschichten erlangen konnte. Die Berichte, die ursprünglich dafür geschaffen worden waren, vor allem Widerstandsaktionen zu dokumentieren, sahen sich der paradoxen Situation ausgesetzt, jetzt vor allem Anpassungstendenzen zu beschreiben. Viele Deutsche, die die „Schmach von Versailles“ und den wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre sowie den zunehmenden politischen Straßen-Terror erlebt hatten, betrachteten nach Auffassung der sozialistischen Beobachter den NS-Staat als Garanten für wirtschaftliche Sicherheit, innenpolitische Ordnung und die Erfüllung nationaler Sehnsüchte; sie waren weit entfernt davon, ihn zu schwächen oder gar zu beseitigen.

---

### III. Wahrnehmung des Staatsstreichs im sozialistischen Exil

---

Trotz oder gerade wegen der weitverbreiteten Konsensbereitschaft der Deutschen waren die weiterhin einlaufenden Nachrichten über fehlende Zustimmung gegenüber dem NS-Staat – vor allem über die spektakulären Vorfälle wie das Attentat im Bürgerbräukeller 1939<sup>28</sup> oder die Tätigkeit der Gruppe um die Geschwister Scholl<sup>29</sup> – schon vor dem 20. Juli 1944 als hoffnungsvolle Signale für einen bevorstehenden Umsturz in Deutschland gewertet worden. Folgt man der Berichterstattung, so gab es aus der Exilperspektive jedes Jahr die Hoffnung, daß das Regime zusammenbrechen würde. Genauso regelmäßig erfolgte von anderer Seite dann der Hinweis, daß die Opposition im Inland überschätzt werde und massenhafter Wider-

21 NB-LB 15 (Juni 1935), S. 6.

22 DB 1938 (Jan.), S. 131.

23 Ebd.

24 DB 1934 (Juni/Juli), S. 266.

25 DB 1935 (Jan.), S. 122. Ähnlich DB 1938 (Jan.), S. 131f.

26 NB-LB 2 (Jan. 1934), S. 14. Dazu Klaus-Jürgen Müller, Deutsche Militärelite in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges, in: Martin Broszat u. a. (Hrsg.), Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, München 1989, S. 226–290, hier: S. 259ff.

27 NB-LB 1 (Dez. 1933), S. 1.

28 Vgl. (Paul Sering), Das deutsche Volk und der Krieg, S. 4f., AdsD, Nachlaß Paul Hertz (NLH), Mappe I (Film XII).

29 Vgl. Inside Germany Reports (IGR) 26 (May 1944), S. 2.

stand eigentlich nur in der Phantasie der Emigranten existiere.

Emigranten, so hatte Erich Rinner bereits 1937 bemängelt, neigten oft dazu, „symbolisch ausgesprochen, ihre Koffer nicht auszupacken, und das, was in der verlorenen Heimat vor sich geht, nur unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, ob es ihre Rückkehr zu beschleunigen oder hinauszuzögern scheint“<sup>30</sup>. In der Phantasie der „berufsmäßigen Geschäftshaber der Emigration“, so hatte auch Neu Beginnen 1939 sarkastisch angemerkt, würde ohnehin zumindest „auf dem geduldigen Papier wöchentlich einmal die deutsche Armeeführung meutern, zurücktreten oder verhaftet . . . ; bei den anderen meutern die österreichischen oder bayerischen Truppen unter dem Schlachtruf, sie wollten ihren Otto bzw. Rupprecht wiederhaben“<sup>31</sup>.

Eine erfolgsversprechende Möglichkeit zur Veränderung der Machtverhältnisse hatte das Exil zum ersten Mal im Zeitraum 1935 bis 1937 festgestellt, als sich Arbeiter gegen Lohnkürzungen und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in der beginnenden Hochkonjunkturphase wehrten und Mißstimmungen auch im Bürgertum erkennbar waren<sup>32</sup>. 1942 registrierte man den nächsten entscheidenden Stimmungsniedergang, dessen Gründe in der Erhöhung von Arbeitsnormen, Kürzung der Rationen und Verschärfung der Bombenangriffe vermutet wurden<sup>33</sup>. Selbst jedoch nach der Niederlage von Stalingrad war festgestellt worden, es gebe zwar eine „allgemeine Kriegsmüdigkeit“, eine Verringerung der Arbeitsleistung, eine „zunehmende Bedeutung der früher gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter in den Betrieben“ und ein „wachsendes Vertrauen auf ein baldiges Ende des Regimes“<sup>34</sup>. Faktisch jedoch mußte man eingestehen, es bestehe zwar ein „Stimmungsverfall, aber keine revolutionäre Situation“, und wirkliche Probleme für das Regime könne es nur im Gefolge weiterer militärischer Niederlagen geben.

Diese Situation schien Mitte 1943 erreicht. Die mißlungene deutsche Offensive am sogenannten Kurker Bogen im Juli 1943 bezeichneten die „Sozialisti-

schen Mitteilungen“ als „Anfang vom Ende“<sup>35</sup>. Gleichzeitige Nachrichten über die demoralisierende Wirkung der Bombenangriffe, über Arbeitsverweigerungen und Defätismus selbst bei bis dahin überzeugten Nationalsozialisten nährten die Hoffnungen unter den Illegalen auf einen bevorstehenden Umsturz. Teilweise registrierte man auch die wiederholt erwartete Loslösung von Autoritäten – eine Beobachtung, die ausdrücklich auch regiminterne Meldungen hervorhoben<sup>36</sup>. In einer Resolution, die die „Landeskonferenz deutschsprachiger Sozialdemokraten und Gewerkschaftler in den USA“ herausgab – eines Zusammenschlusses, an der vor allem Sopade-Mitarbeiter beteiligt waren –, wurde zum gleichen Zeitpunkt sogar der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß „die allgemeine Kriegslage zu einer Revolution in Deutschland führen möge, noch ehe ein Soldat der alliierten Mächte deutschen Boden betreten hat“<sup>37</sup>.

Immer hatte sich dabei trotz der bisherigen Erfahrungen mit den militärischen Eliten die Hoffnung weiter auf ein Eingreifen der Wehrmacht konzentriert: „Die Tendenz zu einem Regierungswechsel“, so ein Exposé der Gruppe Neu Beginnen im August 1941 mit dem Titel „Entwicklungsbedingungen der deutschen Revolution“, könne „in der Spitze nur von Militärs getragen sein“<sup>38</sup>. Entsprechend viele Gerüchte kursierten dazu im Exil, unter anderem über einen Attentatsversuch Ende 1941<sup>39</sup>. Die erste Hälfte des Jahres 1944 hatte nach Einschätzung der Illegalen die oppositionelle Stimmung in der Wehrmacht und Zivilbevölkerung weiter verstärkt<sup>40</sup>, so daß die Meldung, ein erneutes Attentat sei versucht worden, im Juli 1944 zunächst einmal gar nicht so große Überraschung unter den Illegalen ausgelöst zu haben scheint.

35 SM 52 (Aug. 1943), S. 1. Ähnlich: SM 55/56 (Nov. 1943), S. 9.

36 Vgl. SM 52 (Aug. 1943), Beilage „Nazi-Deutschland 1943, Berichte neutraler Beobachter“, S. 1. Parallel: Bericht zu Inlandsfragen, 20. 12. 1943, in: Heinz Boberach (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich, Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938–1945, Herrsching 1984, hier: Bd. 15, S. 6168ff.

37 Abgedruckt in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Bewegt von der Hoffnung aller Deutschen, München 1979, S. 88.

38 Das Exposé liegt im Bestand Nachlaß Knoeringen Mappe 137 im AdSD. Ähnlich z. B. die Union in den SM 52 (Aug. 1943), Beilage „Nazi-Deutschland 1943, Berichte neutraler Beobachter“, S. 2ff.

39 Vgl. ebd., S. 2. Welcher Versuch hier gemeint war, blieb offen. Möglicherweise handelt es sich um den 1941 im Stab des Generalfeldmarschalls von Witzleben (bis März 1942 Oberbefehlshaber West in Saint Germain bei Paris) geplanten Attentatsversuch. Zu den Einzelheiten vgl. Peter Hoffmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München u. a. 1985<sup>4</sup>, S. 325f.

40 Vgl. Sopade, SM 58/59 (Jan./Febr. 1944), S. 6ff., SM 62 (10. 5. 44), S. 19; Neu Beginnen, IGR 26 (Mai 1944), S. 2f.

30 DB 1937 (Mai), S. 757.

31 SIB 49 (Dez. 1939), S. 11. Ähnlich: Sozialistische Mitteilungen (SM) 40 (Aug. 1938), S. 13.

32 Vgl. DB 1935 (Jan.), S. 42; NB-LB 15 (Juni 1935), S. 2. Entsprechend im Rückblick der NB-„Bericht über die Organisation“; Nachlaß Waldemar von Knoeringen (NLK), AdSD, Mappe 136, S. 15.

33 Vgl. SM 40 (1. 8. 1942), S. 1ff. u. 6.

34 Die Haltung der deutschen Arbeiterschaft gegenüber dem Krieg und dem Hitlerregime, S. 1f., AdSD, Emigration Sopade/Mappe 181. Folgendes Zitat ebd., S. 3.

Ausführliche Darstellungen und Analyseversuche über die Verschwörung und das Attentat brachten die sozialistischen Gruppen in einer ganzen Reihe von Publikationen. Beiden Exilorganisationen war gemeinsam, daß sie erst mit größerer Verspätung Berichte über die Einzelheiten herausgeben konnten. Neu Beginnen schickte am 20. November 1944 durch die „Inside Germany Reports“ aus New York eine ausführlichere Darstellung. Die Union in London gab im Frühjahr 1945 eine Zusammenstellung von Meldungen unter dem Titel „Der 20. Juli 1944. Aus Berichten, die dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Sitz London, vorliegen“ heraus<sup>41</sup>. Hier entstanden, wahrscheinlich Ende 1944, auch eine Materialsammlung zu einem „Weißbuch der deutschen Opposition gegen die Hitlerdiktatur“<sup>42</sup> und die Abhandlung „Im Kriege“. Des weiteren wurde eine Fülle von kleineren Ausarbeitungen vorgelegt, unter anderem ein Aufsatz Paul Hagens in der Zeitschrift „Survey Graphic“<sup>43</sup>. Der Grund für diese Verzögerung lag bei beiden Gruppen vor allem darin, daß bereits seit Kriegsbeginn die Informationen aus dem Reich immer spärlicher flossen. Schon 1941 brauchten die Meldungen für die „Inside Germany Reports“ volle acht Monate, um die Redaktion in New York zu erreichen<sup>44</sup>. 1944 waren sowohl die Sopade als auch die Gruppe Neu Beginnen dann fast ausschließlich auf Briefe, Presseartikel und Aussagen von Reisenden angewiesen. Das ursprüngliche Netz aus Vertrauensleuten und Grenzsekretären war zu diesem Zeitpunkt weitgehend zerstört.

Inhaltlich zeigten sich die Sopade und Neu Beginnen über den Verlauf des Attentats erstaunlich gut informiert. Neu Beginnen stützte sich dabei vor allem auf Berichte amerikanischer und Schweizer Zeitungen, nämlich die „New York Times“ (USA), die Züricher „Weltwoche“ (Schweiz), die „Arbeiterzeitung“ (Schweiz), „Die Nation“ (Schweiz) und das „St. Gallen Tagblatt“ (Schweiz), darüber hinaus auf Meldungen der International Transport Workers Federation sowie auf offizielle deutsche und italienische Nachrichtenagenturen. Die Union in Großbritannien

41 Vgl. Der 20. Juli 1944. Aus Berichten, die dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Sitz London, vorliegen, London o. J. (April 1945).

42 Die Materialsammlung mit dem handschriftlichen Vermerk „1944“ liegt im Bestand Emigration Sopade, Mappe 181 im AdsD vor. Laut Willi Sternfeld u. a., Deutsche Exilliteratur, Heidelberg 1970, S. 583, wurde das Weißbuch 1946 auch gedruckt vorgelegt.

43 „The Nazis Last Front“, in: Survey Graphic, Nov. 1944, S. 441–447. Der Aufsatz liegt im Nachlaß von Paul Hertz, Film XII (Mappe F) im AdsD vor.

44 Vgl. IGR 22 (Juni 1942).

verließ sich nach eigener Aussage auf Berichte „von einem früher führenden sozialdemokratischen Funktionär, der selbst eine aktive Rolle in der Vorbereitung des Umsturzversuches gespielt hat“<sup>45</sup>.

Die Meldungen des Exils versuchten in der Regel, einen Überblick zur Geschichte des Widerstandes gegen Hitler und über die unmittelbaren Vorbereitungen zum Umsturz bzw. zur Durchführung des Attentats zu geben. Darüber hinaus bemühten sich vor allem die Berichte, die relativ rasch nach dem Attentat erschienen, über die Verfolgung und die Opfer zu informieren. Hier zeigte sich, daß die Exilmeldungen auch Informationsorgane über den Verbleib von Hitlergegnern waren. So druckten etwa die „Inside Germany Reports“ neben den üblichen Angaben zum Attentat auch Namen der vor dem Volksgerichtshof angeklagten oder bereits hingerichteten Personen ab.

Im Gegensatz dazu bemühten sich die später erschienenen Zusammenfassungen mehr um die Analyse und Bewertung der Ereignisse und ihrer Folgen. In diesen Publikationen spielte vor allem auch die Frage, unter welchen Voraussetzungen der Umsturzversuch hätte zum Erfolg führen können, eine entscheidende Rolle. Hier stimmten die Schlußfolgerungen der Exilmeldungen auffallend mit denen des deutschen Sicherheitsdienstes überein. Beide Berichtsgruppen legen nahe, daß ein gelungener Umsturz von der Bevölkerung mitgetragen worden wäre<sup>46</sup>. Es ist zu vermuten, daß große Teile der Bevölkerung dann der Person bzw. der Regierung gefolgt wären, die den Frieden gebracht hätte. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Deutschen zu diesem Zeitpunkt ein bereits seit elf Jahren zur stereotypen Befehlsausführung gedrilltes Volk waren<sup>47</sup> und unter entsprechenden Bedingungen nicht nur für, sondern auch gegen das Regime mobilisierbar waren.

Über die Frage, inwieweit das Attentat von der Bevölkerung tatsächlich aktiv bejaht wurde – also nicht nur die Beseitigung „des Führers“, sondern auch die Veränderung der Regierung befürwortet wurden –, war sich das Exil allerdings nicht einig. So vermutete die Londoner Union im Zusammen-

45 Der 20. Juli 1944 (Anm. 41), S. 2. Der Name des Informanten ist nicht bekannt.

46 Zur SD-Berichterstattung über den 20. Juli 1944 vgl. Heinz Boberach, Chancen eines Umsturzes im Spiegel der Berichte des Sicherheitsdienstes, in: J. Schmüdeke u. a. (Anm. 1), S. 813–821, hier: S. 819.

47 Auf dieser Einschätzung fußte nicht zuletzt die Planung der Verschwörer. Vgl. Dieter Ehlers, Technik und Moral einer Verschwörung. Der Aufstand am 20. Juli 1944, Bonn 1964, S. 166.

hang mit den Berichten, 35 bis 40 Prozent der Bevölkerung seien bewußte NS-Gegner, denen nur noch 20 Prozent überzeugte Nationalsozialisten gegenüberstünden<sup>48</sup>. Diese Einschätzung verkannte jedoch, daß nicht nur Frontsoldaten dem Einfluß des Widerstandes weitgehend entzogen waren, sondern vielmehr auch das Gefühl einer Verbundenheit mit dem Regime in einer „Schicksalsgemeinschaft“ 1944 weit verbreitet war<sup>49</sup>.

Gerade über diesen Punkt geben die sozialistischen Berichte sehr ausführlich Auskunft. Die Wirkung alliierter Nachkriegsplanungen von der Qualität eines „Morgenthau-“ oder eines „Kaufman-Planes“, die entweder auf eine Agrarisierung oder völlige Zerstückelung Deutschlands hinausliefen, ging – wie auch die regimeinternen Meldungen zeigen – eindeutig in Richtung einer Verstärkung der Verbundenheit mit dem Regime<sup>50</sup>. Die „Alle-in-einem-Boot“-Mentalität, die die Deutschland-Berichte bereits 1940 beobachteten<sup>51</sup>, wurde auch von der NS-Führungsriege erfreut zur Kenntnis genommen. Etwa zum gleichen Zeitpunkt bemerkte Joseph Goebbels befriedigt in seinem Tagebuch, er halte die Proklamierung der alliierten Kriegsziele für den schwersten Fehler der Engländer, den „die Herren in London... noch einmal bitter bereuen“ würden<sup>52</sup>. Die Wirkung solcher Propaganda war bereits in diesem frühen Kriegsjahr immerhin so hoch, daß die Sopade die Furcht vor der Niederlage als „negative Massengrundlage für das Regime“ einstuft<sup>53</sup>. Parallel dazu sah auch Neu Beginn „die große Mehrheit der Deutschen... davon überzeugt, daß die herrschenden Klassen in England und Frankreich Deutschland zerstückeln wollen“<sup>54</sup>. Die Befürchtungen nahmen bis 1944 ständig zu, wie die Mai-Ausgabe der „Inside Germany Reports“ ausdrücklich hervorhob<sup>55</sup>.

Insgesamt kann man unter diesen Voraussetzungen davon ausgehen, daß die Zahl der bewußten NS-Gegner viel geringer, die Zahl der sogenannten „Indifferenten“ – also derjenigen, die weder

prinzipiell für noch gegen den Nationalsozialismus optierten – aber wesentlich höher war als die 30 Prozent, die die Union im Zusammenhang mit dem Attentat angab<sup>56</sup>. Die „Sozialistischen Mitteilungen“ jedenfalls sahen sich im April/Mai 1945 genötigt, die Schätzungen in bezug auf die bewußten NS-Gegner auf lediglich „viele Tausende“ zu reduzieren<sup>57</sup>.

---

#### IV. Einschätzung der Folgen des Attentats

---

Der gesellschaftlich übergreifende Charakter der Verschwörergruppe sowie die gerade auch von Zeitgenossen als sensationell empfundene Tatsache, daß gerade die im persönlichen Treueschwur mit Hitler verbundenen Militärs aus dem engeren Kreis um „den Führer“ versuchten, ein Attentat auf ihren obersten Befehlshaber auszuführen, birgt vor allem im Rückblick die Gefahr, den 20. Juli auch im Urteil der Zeitgenossen als das Zentrum „des Widerstands“ gegen Hitler zu werten. Soweit sich das rekonstruieren läßt, führte im Bewußtsein des sozialistischen Exils der Weg des Widerstands nicht unbedingt zwangsläufig auf dieses Attentat hin. In einer von der Union wahrscheinlich Ende 1944 verfaßten Denkschrift erschien jedenfalls das Attentat lediglich als „ein größer angelegter Versuch, durch die Beseitigung Hitlers den Weg zum Frieden und zur Wiedererstehung eines demokratischen Staates freizumachen“<sup>58</sup>. Immerhin wurde das Attentat selbst als „der Höhepunkt eines Umsturzversuches, der von politischen Gegnern des Naziregimes aus den verschiedenen Lagern vorbereitet worden war“, gesehen<sup>59</sup>.

Im Exil beantwortete man die Frage, warum es erst so spät zu einem solchen breit angelegten Umsturzversuch gekommen war, mit dem Hinweis, daß man angesichts der anfänglichen militärischen Erfolge des „Dritten Reiches“ nicht eine neue „Dolchstoßlegende“ mit der Beseitigung Hitlers habe produzieren wollen<sup>60</sup>. Gerade dieses Argument jedoch beleuchtet schlaglichtartig das Problem des Widerstandes im „Dritten Reich“ überhaupt. Immer wieder hatte man in den Jahren seit

48 Vgl. Der 20. Juli 1944 (Anm. 41), S. 8f.

49 Vgl. Christoph Kleßmann, Das Problem der „Volksbewegung“ im deutschen Widerstand, in: J. Schmüdeke (Anm. 1), S. 822–837; hier: S. 833.

50 Vgl. B. Stöver (Anm. 4), S. 220ff. Speziell der sog. „Kaufman-Plan“ hat bis in die Gegenwart erhebliche Diskussionen ausgelöst. Als sicher kann angenommen werden, daß dieser „Plan“ niemals offizielle Diskussionsgrundlage der Alliierten war; vgl. dazu Wolfgang Benz, Judenvernichtung aus Notwehr?, in: VfZG, 29 (1981), S. 615–630.

51 Vgl. DB 1940 (April), S. 223.

52 Vgl. Elke Fröhlich (Hrsg.), Die Tagebücher des Joseph Goebbels, Bd. 4, München u. a. 1987, S. 8.

53 DB 1940 (Febr.), S. 104.

54 Deutsche Inlandsberichte (DIB) 61 (29. 4. 1940), S. 4.

55 Vgl. IGR 26 (May 1944), S. 19.

56 Vgl. Der 20. Juli 1944 (Anm. 41), S. 9.

57 SM 73/74 (April/Mai 1945), S. 6.

58 „Im Kriege“, undatiert, S. 18; AdsD, Emigration Sopade, Mappe 182.

59 Der 20. Juli 1944 (Anm. 41), S. 2.

60 Vgl. „Im Kriege“ (Anm. 58), S. 18.

der „Machtergreifung“ darauf hinweisen müssen, daß es keine wie auch immer geartete „Volksopposition“ gäbe. Der aktive, politisch motivierte Widerstand war nach wie vor auf sich allein gestellt; selbst Hinrichtungen von NS-Gegnern blieben in der Regel ohne größere öffentliche Anteilnahme. Widerstand in Deutschland war auch aus der Sicht des sozialistischen Exils ein „Widerstand ohne Volk“. Statt dessen hatte der NS-Staat sich auf eine erhebliche, wenn auch immer nur partielle Konsensbereitschaft aller Teile der deutschen Bevölkerung stützen können.

Bemerkungen führender Repräsentanten des sozialistischen Exils machen deutlich, in welchem Ausmaß man über das Verhalten der Deutschen enttäuscht war. „Ich gebe gern zu“, schrieb Erich Rinner bereits 1940, kurz bevor man die Deutschland-Berichte einstellen mußte, „daß der Inhalt der Berichte zu dieser Enttäuschung noch mit beigetragen hat. Aber ich bin noch immer der Meinung, daß es . . . am besten ist, wenn wir es mit der Wahrheit halten.“ Selbst wenn man das Gegenteil von dem behauptet hätte, wäre eine Enttäuschung nicht ausgeblieben, da die Realität in Deutschland eben eine andere sei<sup>61</sup>.

Dabei war allen Beteiligten klar, daß eine solche politische Indifferenz und die bewußte Anpassung sich auf das Deutschland „nach Hitler“ auswirken mußten. Im Rückblick vermerkte einer der prominentesten Grenzsekretäre der Sopade und der

61 Erich Rinner an Friedrich Stampfer am 8. 3. 1940. Abgedruckt in: Erich Matthias u. a. (Hrsg.), *Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration*. Aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer, Düsseldorf 1968, Dok. 91, S. 449.

Gruppe Neu Beginnen, Waldemar von Knoeringen, er halte gerade den Sachverhalt, daß das „Dritte Reich“ eben „nicht durch selbständige revolutionäre Triebkräfte aus der faschistischen Gesellschaft, sondern durch die Bomben der Alliierten . . . gestürzt“ worden sei, für eine „geschichtliche Tatsache von ungeheurer Bedeutung“ für alles, „was von heute an noch deutsche Geschichte genannt werden kann“<sup>62</sup>.

Die sichtbarste Folge der Enttäuschung über das Verhalten der Deutschen war im Exil die verstärkte Beschäftigung mit dem Deutschland „nach Hitler“, während Überlegungen, ob Hitler „von innen“ noch gestürzt werden könne, kaum mehr verfolgt wurden. In diesem Zusammenhang ist es nicht erstaunlich, daß etwa die Ausgabe der „Sozialistischen Mitteilungen“ vom Juni/Juli 1944, also kurz vor dem Attentat, sich kaum noch zu den Chancen eines Umsturzes, dagegen aber ausführlich zu den Nachkriegsplänen äußerte. Programme wie „Die neue deutsche Republik“, das die Union 1943 zusammenstellte, oder Paul Hagens Arbeit über „Germany after Hitler“ (1944) sind nur zwei Titel aus einer fast unübersehbaren Menge ähnlicher Schriften. Sie zeigen jeweils, daß man nicht nur den Widerstand gegen das „Dritte Reich“ für ein Minderheitenphänomen hielt, sondern im wesentlichen abwartete, bis das „Dritte Reich“ durch die Waffen der Alliierten zusammenbrechen würde. An dieser prinzipiellen pessimistischen Auffassung änderte auch das Attentat vom 20. Juli 1944 nichts mehr.

62 Vgl. Knoeringens Bericht „12 Jahre illegaler Kampf in Südbayern/Tirol“, o. D. (etwa 1948), AdsD Nachlaß Knoeringen/Mappe 141.

**Peter Steinbach: „Stachel im Fleisch der deutschen Nachkriegsgesellschaft“.  
Die Deutschen und der Widerstand**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/94, S. 3–14

Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus ist seit 1945 zu einem wichtigen Bereich zeithistorischer Forschung und geschichtspolitischer Kontroversen geworden. Diese Auseinandersetzung der Deutschen ist sowohl durch eigene Erfahrungen im „Dritten Reich“ als auch durch die Systemkonfrontation mit der zweiten deutschen Diktatur geprägt worden. Entscheidende Impulse einer intensiven Beschäftigung mit dem Widerstand und der Anerkennung seiner Motive gingen von öffentlichen Kontroversen, aber auch von Reden führender Politiker und grundlegenden Gerichtsentscheidungen aus, die einerseits das Widerstandsrecht als Abwehrrecht anzuerkennen halfen, andererseits aber nicht verhindern konnten, daß sich oppositionelle Bestrebungen immer wieder auf das in einer bestimmten historischen Situation legitimierte Recht zum Widerstand beriefen. Diese Aktualisierung der Widerstandsgeschichte stellte nicht nur ein politisches Problem dar, sondern bot auch für die grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Widerstandsrecht und für die wissenschaftliche Erforschung der Widerstandsgeschichte zusätzliche Perspektiven. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus blieb so stets umstritten, behielt aber eine Gegenwärtigkeit in der Erinnerung, die ihn bis heute zu einer wichtigen Herausforderung für jede zeitgeschichtliche Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Zeit werden läßt.

**Bodo Scheurig: Der 20. Juli 1944 – damals und heute**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/94, S. 15–21

Der Beitrag verdeutlicht – nach einem einleitenden Blick auf die Kriegssituation am 20. Juli 1944 – den Ansatz und die Entwicklung des deutschen Widerstandes gegen Hitler. Was diesen Widerstand beherrschte und antrieb, aber auch behinderte und lähmte, rückt für die Zeit seit 1933 vor allem unter psychologischen Gesichtspunkten ins Bild. Das Hauptaugenmerk gilt den Gruppen, die am ehesten zu handeln vermochten: den Militärs und denjenigen Zivilisten, die mit den Soldaten der Fronde Hitler zu stürzen suchten. Ein abschließender Teil berührt die Rezeption des 20. Juli in Ost und West bis heute: ein problematisches und noch immer unabgeschlossenes Kapitel.

**Klaus Hornung: Der Kreisauer Kreis und die deutsche Zukunft**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/94, S. 22–30

Zwischen 1940 und 1943 fand sich eine Gruppe aus der jüngeren Generation der deutschen Opposition gegen Hitler mehrfach zu vertraulichen Beratungen über einen geistigen und politischen Neuaufbau Deutschlands nach dem Krieg auf dem Gut Kreisau von James Graf von Moltke in Schlesien zusammen, der der anerkannte Mittelpunkt dieser Widerstandsgruppe war. Der Beitrag zeichnet die unterschiedlichen Herkünfte der Mitglieder des Kreises aus preußischer Aristokratie, Jungsozialismus, Kirchen und Wissenschaft nach und geht auf dessen staats-, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorstellungen und Reformvorschläge ein. Den Abschluß bildet die Skizze des Einflusses Kreisauer Ideen und überlebender Persönlichkeiten auf die geistige und politische Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland.

**Bernd Stöver: Das sozialistische Exil und der 20. Juli 1944. Die Wahrnehmung des Attentats auf Hitler durch die Sopade und die Gruppe Neu Beginnen**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/94, S. 31–38

Das Attentat am 20. Juli 1944 war für das sozialistische Exil nicht das Zentrum des Widerstands gegen Hitler. Aus seiner Perspektive war der Staatsstreich in den seit der „Machtergreifung“ geleisteten politischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus eingeordnet. Dieser Widerstand bestand von sozialistischer Seite aus hauptsächlich in einer politischen Berichterstattung aus dem „Dritten Reich“, auch wenn einzelne Sozialisten an der Verschwörergruppe des 20. Juli beteiligt waren. Aus dieser alltäglichen Perspektive heraus hatte man schon lange vor dem Attentat die Hoffnung auf einen Sturz des Nationalsozialismus „von innen“ aufgegeben. Zu deutlich waren die Anpassungstendenzen innerhalb der deutschen Gesellschaft seit 1933 gewesen. Der 20. Juli war somit für das Exil vor allem ein Zeichen des nicht völlig erloschenen Widerstandes gegen den NS-Staat, auch wenn man nach den Erfahrungen des „Dritten Reiches“ für das nachfolgend erwartete demokratische „Nach-Hitler“-Deutschland erhebliche Zweifel hatte, da dieser Neuanfang nicht mehr aus eigenen Kräften geschaffen werden konnte.

# Jahresbände

Aus Politik und Zeitgeschichte

mit komplettem  
Inhaltsverzeichnis, Sach-  
und Personenregister



**25,- DM**

zuzügl. Versandkosten

**neu**  
Jahrgang **1993**

*Noch begrenzt vorrätig (Preise w. o.)*

**Jahrgang: 1992**



Bundeszentrale  
für politische  
Bildung

Bestell- **Das Parlament**, Vertriebsabteilung  
Adresse: Fleischstraße 62 - 65, 54290 Trier  
Telefax (06 51) 46 04-153

Aus Politik  
und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Gesamtverzeichnis  
1953-1992

Bundeszentrale für politische Bildung

Vierzig Jahre  
**Aus Politik  
und Zeitgeschichte**

**Gesamtverzeichnis  
1953-1992**

Chronologisches Register,  
Autorenregister,  
Schlagwortregister

286 Seiten, broschiert

**Preis: 15,- DM**  
zuzügl. Versandkosten